

Freisinn FDP

Herausgeber/Redaktion: Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, Telefon (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00
FDP im Internet: <http://www.fdp.ch>
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
Inserate: Neue Zürcher Zeitung (Zürich); Kretz AG (Feldmeilen)

27. SEPTEMBER 1998  Die Stellungnahme

Bestätigung des Öffnungskurses

Wir werten den Ausgang der Eidgenössischen Volksabstimmung vom 27. September 1998 als klares Signal zugunsten einer zukunftsorientierten Reformpolitik mit einer Sicherung der Sozialwerke, der Fortführung der pragmatischen Öffnung der Schweiz und der Fortsetzung der Agrarreform 2002.



FDP-GENERALSEKRETÄR
JOHANNES MATYASSY,
MURI (BE)

Die FDP ist erfreut über die klare Ablehnung der AHV-Aushöhlungs-Initiative. Stimmbürgerinnen und Stimmbürger haben damit zum Ausdruck gebracht, dass eine weitere Verschlechterung der finanziellen Situation der AHV nicht akzeptiert wird. Die demographische Entwicklung lässt neue Geschenke auf Kosten der nächsten Beitragszahlergeneration nicht zu.

Damit ist klar, dass die erwünschte Flexibilisierung des Rentenalters im Rahmen der 11. AHV-Revision auf der Basis 65/65 erfolgen muss. Gleichzeitig tritt die FDP weiterhin an für die Sicherung der Sozialwerke und gegen das Reissen neuer Finanz-

löcher, wie sie die zwei weiteren, nun obsoleten Initiativen «für eine Flexibilisierung der AHV – gegen die Erhöhung des Rentenalters für Frauen» und «für ein flexibles Rentenalter ab 62 für Frau und Mann» verursachen würden.

Normalisierung der Beziehungen zur EU

Die Zustimmung zur leistungsabhängigen Schwerkverkehrsabgabe LSVa ist eine Bestätigung des pragmatischen Öffnungskurses der FDP. Nun ist mit voller Kraft auf die Normalisierung der Beziehungen zur EU im Rahmen der bilateralen Verhandlungen hinzuwirken. Die Abstim-

mungskampagne hat gezeigt, dass für weitere steuerliche Belastungen kein Spielraum vorhanden ist. Der Steuerwiderstand wurde deutlich manifestiert. Die LSVa ist nun mit Umsicht auf Verordnungsstufe umzusetzen.

Klares Signal zugunsten Agrarpolitik 2002

Das überaus deutliche Nein zur VKMB-Denner-Initiative ist als klares Signal zugunsten der von der FDP mitgetragenen bundesrätlichen Landwirtschaftspolitik zu werten. Die Agrarpolitik 2002 ist im Sinne einer Reform und nicht einer Revolution sorgfältig umzusetzen.

FDP SCHWEIZ

Inhalt

- Vorschau auf die Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 1998 in Neuchâtel auf Seite **7**
- Eine Kontroverse zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs auf den Seiten **10/11**
- Die Selbstvorstellung des neuen FDP-Ausschusses «Mittelstand» auf den Seiten **13/14**
- Die Auflösung des «Freisinn-Wettbewerbs» auf Seite **17**



Auf nach Neuchâtel!

Am 24. Oktober 1998 führt die FDP Schweiz in Neuchâtel eine ausserordentliche Delegiertenversammlung durch.

Der Delegiertenrat wird am 23. Oktober die Parolen zur Initiative «Für eine vernünftige Drogenpolitik (Droleg)», zum revidierten Arbeitsgesetz und zum Getreideartikel fassen. Die Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 1998

wird die Neupositionierung der FDP im Rahmen ihrer Reformpolitik diskutieren und die FDP-Parole zur Vorlage über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs fassen. Wir erwarten eine spannungsgeladene DV voller interessanter Diskussionen.

Lesen Sie Genaueres zur DV auf Seite 7 und melden Sie sich an!

Aufbruch zu einer modernen Schweiz

Ein weiterer wesentlicher Aspekt der Menschenrechte ist die Anerkennung der Gleichheit der Menschen. Während noch die Verfassung von 1848 davon sprach, dass alle Schweizer vor dem Gesetz gleich sind, haben wir diese Enge der Gleichheit längstens überwunden.

FDP-NATIONALRÄTIN
DORLE VALLENDER,
TROGEN (AR)

Aus: Schweizer Monatshefte für Politik, Wirtschaft, Kultur. 78. Jahr/Heft 7/8 Juli/August 1998.



Es ist heute selbstverständlich, dass der Staat durch seine Exekutivbehörden oder seine Gerichte alle Frauen und Männer, unabhängig von ihrem Bürgerrecht, gleich behandeln muss.

Die Verwirklichung der Gleichheit ist eng verbunden mit der politischen Gleichheit, die im Jahre 1971 auch den Frauen durch die Einführung vom Stimm- und Wahlrecht auf Bundesebene gewährt wurde. Im Jahre 1981 wurde überdies auch die rechtliche Gleichstellung der Geschlechter in die Verfassung aufgenommen. Dies bedeutet, dass durch Gesetz beide Geschlechter gleich behandelt werden müssen, es sei denn, das Gesetz knüpfe an biologische Unterschiede an. Die Gleichstellung der Geschlechter ist seit 1981 um einige Facetten reicher geworden, und so wissen wir heute, dass dieses rein formale Gleichbehandlungsgebot bei Männern und Frauen nicht ausreicht.

Notwendig ist vielmehr auch, dass das Gebot der tatsächlichen Gleichstellung der Geschlechter greift.

Jede Zeit kennt ihre eigenen Diskriminierungen, gegen die zu kämpfen ist. War es ein Erfolg der Französischen Revolution, dass alle Zugang zu politischen Ämtern hatten und dass es, wie es noch die jetzige Verfassung formuliert, z. B. kein Vorrecht der Geburt, der Untertanenverhältnisse oder des Ortes gab, so steht heute das Verbot der Rassendiskriminierung oder der Diskriminierung wegen einer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung im Vordergrund. Die Anerkennung der Andersartigkeit gebietet es auch, Menschen mit anderen Lebensformen unserer Hilfe bei Diskriminierung zu versichern. Das Bundesgericht hat zuletzt im Jahre 1977 entschieden, dass jeder auf Grund der persönlichen Freiheit das Recht habe, «de choisir son mode de vie, d'organiser ses loisirs et d'avoir des contacts avec autrui». Für das tägliche Leben bedeutet dies, dass beispielsweise den Fahrenden ein Standplatz zugestanden werden muss oder dass wir Menschen mit anderer sexueller Orientierung nicht ausgrenzen.

Die nachgeführte Verfassung – ein Geschenk zum hundertfünfzigsten Geburtstag

Es ist der Beschluss von Bundesrat und Parlament, die Eidgenossenschaft zum hundertfünfzigsten Geburtstag mit einer neuen, nachgeführten Bundesverfassung zu beschenken. Die heute gültige Verfassung entspricht im wesentlichen der von 1848. Allerdings bleibt anzumerken, dass unsere Verfassung seit der eher kleinen Totalrevision von 1874 in über 140 Partialrevisionen immer wieder ergänzt worden ist. Wahrlich ein Beweis für unseren Erneuerungswillen. Dies dürfte auch Gottfried Keller gemeint haben, wenn er feststellte, dass die Verfassungen die schönsten sind, in welchen ohne Rücksicht auf Stil und Symmetrie ein Concretum, ein erungenes Recht neben dem andern liegt, «wie die harten glänzenden Körner im Granit».

Unsere Verfassung lebt von dieser Flexibilität des Verfassungsgebers. Dies erklärt denn auch, warum eine zweite Totalrevision in den vergangenen Jahrzehnten nie als wirklich dringend angesehen wurde. Im Unterschied zu anderen Staaten haben wir gleichsam auf zwei Gleisen unsere Verfassung immer wieder «modernisiert»: Volksinitiativen zu Sachfragen gaben den Anstoss dazu, auf neue Probleme Antworten zu finden, wie etwa die Artikel über den Umweltschutz, Tierschutz, Alpenschutz oder die Gentechnologie im Humanbereich zei-

gen. Die Weiterentwicklung der Menschenrechte ist dagegen vornehmlich vom Bundesgericht wahrgenommen worden.

Dennoch beschloss das Parlament im Jahre 1987, der Bundesrat solle die geltende Verfassung total revidieren und «das geltende geschriebene und ungeschriebene Verfassungsrecht nachführen, es verständlich darstellen, systematisch ordnen sowie Dichte und Sprache vereinheitlichen». Der Entwurf des Bundesrates wird inzwischen vom Parlament beraten. Erst wenn wir die eigentliche Nachführung oder Mise-à-jour beendet haben, werden wir die tatsächlichen Reformen angehen. Geplant sind die Reform der Volksrechte, der Justiz, der Staatsleitung sowie die Reform des Finanzausgleichs von Bund und Kantonen. Am Anfang steht die Nachführung: Der Grundrechtskatalog wird um die ungeschriebenen Verfassungsrechte ergänzt, veraltete Bestimmungen können zeitgemäss formuliert oder auch gestrichen werden. In beliebig vielen Schritten können sodann die eigentlichen Reformpakete eine nachgeführte Bundesverfassung ergänzen, ohne dass aber ein Zwang zu Reformen bestehen würde. Vor allem wird die eigentliche Aufgabe der Nachführung nicht mit mehr oder weniger weitreichenden und kontroversen Änderungen gefährdet. Vielmehr können Volk und Stände ohne zeitlichen Druck darüber entscheiden, mit wieviel oder wie wenig

Reformen das nächste Jahrtausend angegangen werden soll.

Schluss

Die Französische Revolution gab den Startschuss für die Befreiung der Menschen von staatlicher Bevormundung. Wenn wir nachzeichnen, was aus den Forderungen nach Liberté, Egalité und Fraternité geworden ist, so stellen wir fest, dass wir heute freier, gleicher und solidarischer als vor 150 Jahren sind. Die Verantwortung dafür tragen wir; denn wir haben uns unseres Verstandes bedient. Und – wir haben uns für eine Weiterentwicklung der Freiheitsrechte ohne Zwang – Revolutionen – entschieden. Es ist uns vielmehr gelungen, in offener Diskussion immer wieder Konsens zu finden. Auch bei der jetzigen Nachführung der Bundesverfassung geht es um das Ausloten von unterschiedlichen Standpunkten. Wie hatte doch Dr. Johann Conrad Oertli, der spätere Landammann und erste Ständerat von Appenzell Ausserrrhoden, an der Landsgemeinde vom 30. April 1848, mit Blick auf die bevorstehende Gründung des Bundesstaates und die Abstimmung über die erste Bundesverfassung, den Landleuten geraten: «Wenn Ihr... an die Prüfung des Entwurfes geht, so prüft frei, mit Umsicht, ohne Vorurteil; traget Rechnung den Forderungen der Zeit; bedenket, dass in ersten, schwierigen Zeitlagen, wie die gegenwärtige ist, die Uneinigkeit der Schweiz das Schlimmste ist, das uns alle treffen kann.» Ich wünsche mir, dass wir alle am Ende zu dieser nachgeführten Verfassung werden miteinander «Ja» sagen können. Dieses Ja ist erst die Chance für weitere Reformen. Insofern ist der hundertfünfzigste Geburtstag der Eidgenossenschaft der Tag vom Aufbruch zum Aufbruch. ■

IM GESPRÄCH  Petra Hutter, Diepoldsau

«Gibt's wirkliche Alternativen zur FDP?»

WELCHES IST IHR LEBENS-MOTTO?

«Sprich nicht weiter, wenn Du überzeugt hast.»

WENN SIE IN DIE ZUKUNFT BLICKEN, WORAUF GRÜNDET SICH IHRE GRÖSSTE HOFFUNG?

«Dass die Menschen doch irgendwann anfangen, aus Fehlern zu lernen.»

WAS BEREITET IHNEN DIE GRÖSSTE SORGE?

«Dass sie's nicht tun.»

WELCHE ERFINDUNG DER MENSCHHEIT HALTEN SIE FÜR DIE WICHTIGSTE, WELCHE FÜR DIE ENTBEHR- LICHSTE?

«Die nützlichste: das Streichholz.
Die entbehrlichste: elektri- scher Brieföffner.»

WAS SOLLTE UNBEDINGT NOCH ERFUNDEN WERDEN?

«Ein elektronisches Früh- warnsystem, sobald zuviel und zuviel Dummes geredet wird.»

WAS LIEBEN SIE AN DER SCHWEIZ?

«Dass so viele verschieden- artige Menschen nebenein- ander leben und miteinan- der auskommen.»

WAS MISSFÄLLT IHNEN IN UN- SEREM LAND?

«Dass manche geistige (Gartenzäune) schon sehr eng gesteckt sind.»

WOHIN FÜHRT EUROPAS ZU- KUNFT?

«Hoffentlich nicht in einen gesichts- und geschichtslo- sen Einheitsbrei wie andere grosse Staatenverbände.»

«MEHRHEITEN ZEMENTIEREN DAS BESTEHENDE, FORT- SCHRITT IST NUR ÜBER DIE MINDERHEITEN MÖGLICH.» TRIFFT DIESE AUSSAGE ZU?

«Nein, meines Erachtens wurden die grössten Fort- schritte immer dann erzielt, wenn sich die Mehrheit für etwas wirklich Gutes begei- sterte.»

GESETZT, ES GÄBE EINEN NO- BELPREIS FÜR POLITIKER, WEM WÜRDEN SIE IHN VERLEIHEN?

«Hildegard Hamm- Brücher (D), eine der bes- ten und wirklich (grossen) deutschen Politikerinnen.»

WODURCH KANN EINE POLITI- KERIN, EIN POLITIKER SIE ÜBERZEUGEN?

«Durch schlüssige, griffige und kurze Argumente.»

WARUM SIND SIE BEI DER FDP?

«Was gibt's für wirkliche Alternativen?»

WAS IST DIE STÄRKE DER FDP, WO SIND IHRE SCHWÄCHEN?

«Stärken: Toleranz und Vielfalt.

Schwäche: Dass sie sich, wie fast alle grossen Par- teien, an Überkommenes zu sehr klammert.»

WAS SEHEN SIE ALS IHRE PERSÖNLICHE SCHWÄCHE AN, WAS ALS IHRE PERSÖNLICHE STÄRKE?

«Schwäche: Ungeduld.
Stärke: Durchhaltevermö- gen, Überzeugungskraft.»

WENN SIE NOCH EINMAL WÄHLEN KÖNNTEN: WELCHEN BERUF WÜRDEN SIE HEUTE ER- LERNEN?

«Den gleichen selbstver- ständlich, ich habe einen heftigen Gerechtigkeits- sinn.»

WELCHEN FILM HABEN SIE KÜRZLICH ANGESCHAUT?

«Tausend Morgen.»

WELCHE SCHWEIZERISCHE PERSÖNLICHKEIT MÖCHTEN SIE GERNE KENNENLERNEN UND WARUM?

STICHWORTE

INTERNET: Überflüssig.

SOZIALSTAAT: Wichtig, aber nicht «zu viel».

NEAT: Unbezahlbar.

AGRARPOLITIK: Uferlos.

VERFASSUNGSREVISION: Gut, wenn wirklich Neues entsteht.

«ARENA»: –

Carla Del Ponte; um fest- stellen zu können, ob sie tatsächlich so (tough) ist, wie sie sich gibt.»

WAS MÖCHTEN SIE AM LIEB- STEN TUN KÖNNEN, WAS SIE NICHT KÖNNEN?

«Richtig gut singen. Fech- ten, Saxophon spielen, Flie- gen...»

WELCHEN WUNSCH MÖCHTEN SIE SICH NOCH ERFÜLLEN?

«Eine Sahara-Durchque- rung.»

ZUR PERSON

Petra Hutter, geb. in München (D), verheiratet, wohnhaft in Diepoldsau SG.

ALTER: 34

BERUFLICHE STATIONEN: Studium der Rechtswissenschaf- ten in München; Rechtsreferendariat am Oberlandesge- richt München; Juristin im Rechtsdienst der Staatskanz- lei SG; ab jetzt Staatsanwaltschaft SG.

POLITISCHER WERDEGANG: –

LIEBSTE TÄTIGKEIT: Lesen, Musik hören und Klavier spie- len, Kochen und Essen, Nachdenken, Skifahren.



FDP auf Internet

Besuchen Sie uns auf dem World-Wide-Web!

Unsere Adresse:
E-Mail: gs@fdp-prd.ch
<http://www.fdp.ch>

Bisher grösste Wahluntersuchung

«Swiss Electoral Studies» (selects) Band 2 bringt die Hauptergebnisse der bisher grössten Wahluntersuchung in der Schweiz für die ländesweit und in zehn Kantonen mehr als 7000 Personen befragt wurden. «Schweizer Wahlen 1995» zeigt in zwölf Beiträgen die Gründe für die Teilnahme und Abstinenz der Schweizer und Schweizerinnen an der National- und Ständeratswahl sowie die Motive der Stimmbürgerschaft für die Wahl der einzelnen Parteien. Das Wahlverhalten besonderer Gruppen – etwa der Frauen und der Armen –, der Einfluss des Alters sowie die Besonderheiten der kantonalen Parteiensysteme und der Ständeratswahl kommen ausführlich zur Sprache. Eine Trendanalyse seit 1971 sowie internationale Vergleiche runden das Bild der Wahlen 1995 ab.

Aus dem Vorwort:

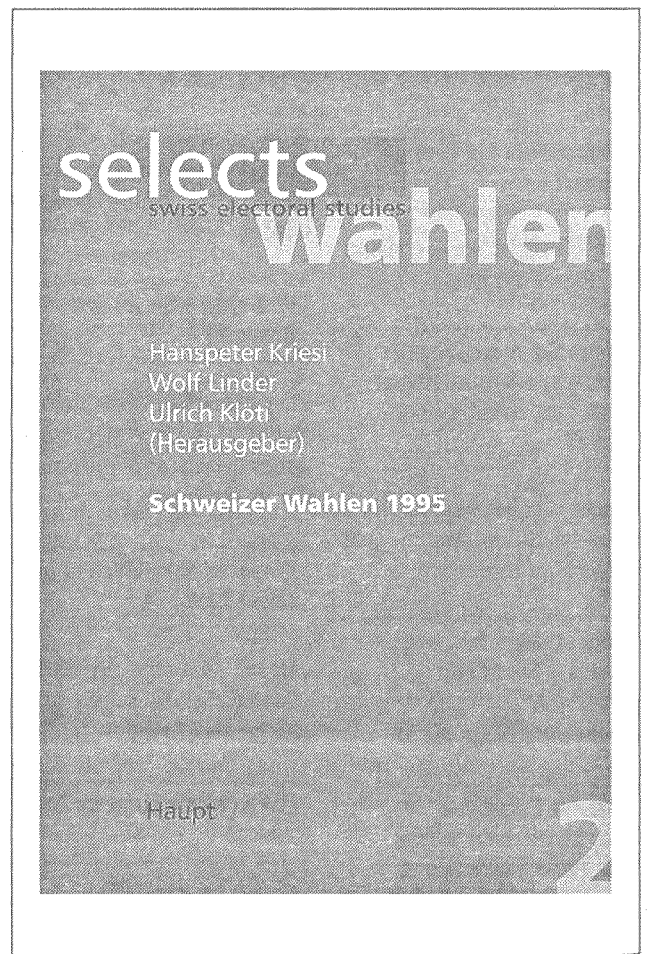
Die vorliegende Studie zu den National- und Ständeratswahlen 1995 markiert einen entscheidenden Schritt in Richtung Professionalisierung der Schweizer Wahlforschung. Zum ersten Mal war es möglich, die Schweizer Wählerinnen und Wähler in diesem Umfang über ihre Wahlbeteiligung, ihren Wahlentscheid und die Motive ihres Wahlverhaltens zu befragen. Erstmals ist auch, dass sich drei grössere Institute der Politikwissenschaft für die Analyse dieser Wahlen zur Zusammenarbeit gefunden haben: die Institute der Universitäten Bern, Genf und Zürich bildeten zusammen das Team selects («Swiss Electoral Studies»), welches mit dem vorliegenden Band eine erste Übersicht über die im Rahmen dieses Projekts erzielten Ergebnisse präsentiert. Weitere Studien zu einzelnen Aspekten dieser Wahlen werden folgen.

Die Wahlstudie 1995 ordnet sich in die international vergleichende Wahlforschung ein. Es fand ein Austausch von Informationen mit Sozialwissenschaftlern in anderen Ländern statt, die sich dort an ähnlichen Vorhaben beteiligen. Diese Kontakte waren sehr hilfreich. Schliesslich wäre diese Studie nicht zustande gekommen ohne die grosszügige Unterstützung durch den Schweizerischen Nationalfonds (Gesuch-Nr. 1214-050686). Der fi-

nanzielle Aufwand für die breit angelegte Befragung sprengte die üblichen Grössenordnungen sozialwissenschaftlicher Forschungsprojekte. Es ist nicht selbstverständlich, dass der Nationalfonds sein Einverständnis dazu gegeben hat, und wir bedanken uns für die grosszügige Förderung.

Der dokumentierte Datensatz zu dieser Untersuchung ist im Schweizerischen Informations- und Datenarchivdienst SIDOS in Neuchâtel archiviert und der Allgemeinheit zugänglich. Schweizer Wahlen finden alle vier Jahre statt, und es ist zu wünschen, dass auch die zukünftigen Wahlen in der durch die vorliegende Studie aufgezeigten Weise untersucht werden können. Dies um so mehr, als der in diesem Projekt erstellte Datensatz erst im Zeitvergleich mit zukünftig zu erarbeitenden Daten sein volles analytisches Potential zu entfalten vermag. Es ist uns deshalb ein grosses Anliegen, die Wahlstudien auch in der Schweiz auf eine dauerhafte Basis zu stellen, und wir hoffen, mit den vorgelegten Studien zu den Wahlen 1995 erste Bausteine für eine kontinuierliche Fortführung der Wahlanalysen in der Schweiz gelegt zu haben.

Hanspeter Kriesi/Wolf Linder/Ulrich Klöti (Herausgeber), **Schweizer Wahlen 1995**. «Selects. swiss electoral studies» Band 2, 342 Seiten. 25 Abb., 66 Tab., gebunden; Bern, Stuttgart, Wien: 1998. ISBN 3-258-05818-0, Fr. 48.–.



Neuer Kommentar zum Kartellgesetz

Seit dem 1. Juli 1996 ist das neue Bundesgesetz über Kartelle in Kraft. Das neue Gesetz ist nicht nur bezüglich seiner Struktur, sondern auch inhaltlich eine Neuschöpfung. Die materielle Neuausrichtung hat zur Folge, dass eine Vielzahl von Wirtschaftsteilnehmern von den Wirkungen des neuen Kartellgesetzes betroffen ist.

Im Gegensatz zu ausländischen Rechtsordnungen wird mit dem neuen Kartellgesetz im schweizeri-

schon Wirtschaftsrecht Neuland betreten. Die in der Form eines Taschenkommentars herausgegebene Kommentierung zum Kartellgesetz kann folglich nicht auf einer ausgereiften schweizerischen Rechtspraxis aufbauen, wie das für viele andere Rechtsgebiete eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Zwar wird die in den beiden letzten Jahren publizierte Praxis der schweizerischen Wettbewerbsbehörden bei der Analyse der einzelnen Bestimmungen eingearbeitet, dennoch ist für eine kritische Analyse des neuen schweizerischen Rechts er-

forderlich, auf die Praxis zu den inhaltlich ähnlichen Regelungsmustern ausländischer Rechtsordnungen, insbesondere des EG-Kartellrechts, abzustellen.

Von besonderem Interesse ist daher der rechtsvergleichende Blick auf das Kartellrecht der EU. Diesem Umstand wird in den Erläuterungen des Autors – als ehemaliger Leiter des Dienstes für internationales und europäisches Wirtschaftsrecht im Bundesamt für Ausenwirtschaft war er massgeblich an der Arbeit zur Revision des schweizerischen Kartellgesetzes beteiligt – gebührend und kompetent

Rechnung getragen.

Mit dieser Neukommentierung wird anhand der Gesetzesmaterialien und – soweit dies möglich und sinnvoll ist – anhand der Praxis zum alten Kartellgesetz die Tragweite der neuen Bestimmungen ermittelt und einem ersten Praxistest unterzogen. Das Kartellrecht wird in Zukunft in der Schweiz – wie aktuelle Fusionstendenzen zeigen – einen erhöhten Stellenwert bekommen und zu einem der wichtigsten Bereiche des Wirtschaftsrechts werden.

Der mit dem neuen Recht eingeleitete Paradigmenwechsel und die dadurch

bezwirkte intensive Einwirkung des neuen Rechts auf das unternehmerische Verhalten und die Bildung von Unternehmensstrukturen hat zur Folge, dass im Wirtschaftsrecht tätige Berater nicht darum herumkommen, sich mit der komplexen Materie des Kartellrechts intensiv auseinanderzusetzen. Der neue Taschenkommentar erlaubt, derartige Fragestellungen rasch und präzise einer kartellrechtlichen Problemanalyse zu unterziehen.

Jürg Borer, **Kommentar zum Kartellgesetz**, Orell-Füssli-Verlag, Zürich 1998. 512 Seiten, gebunden. Fr. 84.–. ISBN 3-280-02503-6.

WIRTSCHAFTSPOLITIK  Zartes Wachstum nicht zertreten

Hochgeschraubte Forderungen fehl am Platz

Seit ungefähr einem halben Jahr – die im allgemeinen deutlich besseren Halbjahresabschlüsse bestätigen es – befindet sich unsere Wirtschaft wieder in einer Aufwärtsbewegung. Die seit 1991 andauernde Konjunkturkrise hat vorerst ein Ende gefunden. Endlich ist wieder Zuversicht eingekehrt; nötige und jahrelang aufgeschobene Investitionen werden getätigt, und die Konsumlust nimmt endlich wieder zu.

FDP-STÄNDERÄTIN
HELEN LEUMANN,
MEGGEN (LU)

welcher keiner seriösen Kalkulation standhalten kann.

Unternehmen sind Triebfedern der Wirtschaft

Stellen wir die Frage, weshalb sich denn eigentlich das Blatt jetzt endlich wieder gewendet hat, so melden sich sofort die Sozialdemokraten zum Wort: Die harte Kritik an der Geldpolitik der Nationalbank trage jetzt eben Früchte, wird von linker Seite reklamiert, und die Investitionsprogramme des Bundes zahlten sich aus. Interessant, dass ausgerechnet diejenigen Kreise, welche bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, wie mangelhaft die liberale Marktwirtschaft funktioniert, jetzt darauf aus sind, den Lorbeerkrantz für die schrittweise Gesundung ebendieser Wirtschaft einzuheimen!

Tatsächlich sind natürlich die Ursachen in der Wirtschaft selber zu suchen. In vielen Branchen haben Strukturbereinigungen stattgefunden, und unsere Betriebe haben gelernt, schlank zu werden, um unter den neuen und veränderten Vorzeichen wieder effizient und wirtschaftlich rentabel zu arbeiten. Gutgeführte und innovative Un-



FDP-Ständerätin Helen Leumann: «Es besteht vorläufig noch kein Grund, allzu euphorisch zu werden.»

ternehmen haben sich auf den harten globalen Wettbewerb eingestellt und meistern heute – erfolgreich – ihre anforderungsreiche Gegenwart und Zukunft. Diese Unternehmen, und nicht etwa Staatsinterventionismus, wie von links immer wieder gefordert, sind die Triebfedern unserer Wirtschaft und Garant für unsere materielle Sicherheit.

Wichtige Volksabstimmungen gewonnen

Aber auch die politischen Instanzen haben ihre Lektion gelernt. Die Schweiz ist daran, ihren Finanzhaushalt in Ordnung zu bringen, was Voraussetzung dafür ist, dass das Vertrauen in den Standort Schweiz zurückkehrt. Gleichzeitig sind eine Reihe von wichtigen Volksabstimmungen für den Wirtschaftsstandort Schweiz positiv ausgefallen: Haushaltsziel, Werbeverbote, Genschutz-Initiative.

Der möglicherweise wichtigste Faktor für unsere wirtschaftliche Zukunft ist die Zunahme von Unter-

nehmensgründungen. Sie, diese jungen und kleinen Unternehmen, werden einst unsere Kinder beschäftigen, und durch sie finden die gut ausgebildeten und motivierten Schul- und Hochschulabgänger Tätigkeitsfelder, wo die neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik gefragt sind. Mit Fleiss und Begeisterung werden diese jungen Betriebe aufgebaut, und in Marktnischen finden sie ihre Absatzgebiete. Neugründungen nehmen in praktisch allen Branchen und Sparten zu, sei es in den verschiedenen Industrien, im Gewerbe oder im Dienstleistungssektor.

Zartes Konjunkturpflänzchen nicht zertreten

Es besteht vorläufig noch kein Grund, allzu euphorisch zu werden. Noch zu labil ist das neu gefundene Gleichgewicht, noch zu vielen Betrieben geht es noch immer nicht halb so gut wie vor 10 Jahren, und in manchen Branchen ist die Strukturbereinigung noch nicht vorbei. Jetzt schon wieder mit hochgeschraubten Forderungen aufzuwarten, wie in Zeiten der grössten Konjunkturüberhitzung, ist kurzsichtig und nicht eben verantwortungsvoll. Nichts wäre leichter, als das zarte Konjunkturpflänzchen damit wieder zu zertreten.

Unsere Wirtschaft hat nun wirklich genug damit zu tun, die ständig neu auftauchenden Schwierigkeiten und Hindernisse – es sei an die Wirtschaftskrisen in Asien und in Russland erinnert – zu meistern, ohne

ZUM THEMA

.....
Interessant, dass ausgerechnet diejenigen Kreise, welche bei jeder Gelegenheit darauf hinweisen, wie mangelhaft die liberale Marktwirtschaft funktioniert, jetzt darauf aus sind, den Lorbeerkrantz für die schrittweise Gesundung ebendieser Wirtschaft einzuheimen!

.....
Die Schweiz ist daran, ihren Finanzhaushalt in Ordnung zu bringen, was Voraussetzung dafür ist, dass das Vertrauen in den Standort Schweiz zurückkehrt.

.....
Es gilt, diesen Begehrlichkeiten entschlossen entgegenzutreten und stattdessen diejenigen Massnahmen, die so offensichtlich greifen, zu stärken.

dass unsere KMU mit ständig neu erdachten Forderungen in Form höherer fiskalischer Abgaben, lähmender zusätzlicher Vorschriften oder auch immer weiter steigender Sozialkosten bedacht werden müssten. Es gilt, diesen Begehrlichkeiten entschlossen entgegenzutreten und statt dessen diejenigen Massnahmen, die so offensichtlich greifen zu stärken: Sorgen wir mit weiterer und ständiger Verbesserung der Rahmenbedingungen dafür, dass unser Land wieder an Kraft und Stabilität gewinnt. Nur so sind wir in der Lage, mit Selbstbewusstsein und Problemlösungsvermögen die gewiss nicht kleinen und auch nicht leicht lösbaren Probleme unserer Zeit anzupacken. ■

EIDG. ABSTIMMUNG VOM 29. NOVEMBER 1998 ◊ Ja zum Arbeitsgesetz

Das Ende einer langen Auseinandersetzung

Am 29. November kommt das Arbeitsgesetz zur Abstimmung. Bereits am 22. März 1996 wurde von National- und Ständerat eine Vorlage zur Revision des Arbeitsgesetzes verabschiedet. Der Bundesrat hatte zum Ausgleich für die flexibleren Arbeitszeitvorschriften einen Freizeitausgleich von 10 Prozent für die dauernde Nacht- und Sonntagsarbeit vorgeschlagen. Das Parlament strich diese Bestimmungen und beschloss ausserdem eine Liberalisierung der Sonntagsarbeit in Verkaufsgeschäften. Aus diesem Grund wurde gegen die Revision das Referendum ergriffen. In der Volksabstimmung vom 1. Dezember 1996 wurde die Vorlage mit 67 zu 33 Prozent deutlich verworfen.

VON NATIONALRAT
ERICH MÜLLER,
SEUZACH (ZH)

Folgende Gründe waren dafür ausschlaggebend:

- Die Lockerung der Sonntagsarbeit
- Der Verzicht auf eine Zeitkompensation, vor allem bei Nachtarbeit
- Die Verlängerung der bewilligungsfreien Tagesarbeit bis 23 Uhr ohne Kompensation
- Zu hohe Überzeitkontingente bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit

Revision im Interesse der Wirtschaft notwendig und dringlich

Unmittelbar nach der Abstimmung erklärte der Bundesrat, dass er eine Revision des Arbeitsgesetzes im Interesse der Wirtschaft als notwendig und dringlich erachte. Diese Auffassung teilten die Spitzen der Bundesratsparteien und der Sozialpartner. Am 5. November 1997 legte der Bundesrat dem Parlament einen neuen Vorschlag vor. Am 20. März 1998 erfolgte die Schlussabstimmung in den Räten. Der Ständerat nahm den neuen Vorschlag einstimmig, der Nationalrat mit 154 zu 13 Stimmen an.

Der heutige Revisionsvorschlag trägt dem Resultat der damaligen Volksabstimmung Rechnung. Sowohl die Interessen der Wirtschaft nach Flexibilisierung als auch die Interessen der Beschäftigten nach Schutzmassnahmen wurden

den ausgewogen berücksichtigt. Das teilrevidierte Arbeitsgesetz umfasst einerseits jene Bestimmungen von 1996, die ganz oder weitgehend unbestritten blieben:

- Gleichstellung von Mann und Frau in bezug auf

Arbeits- und Ruhezeiten, besonders hinsichtlich Nacht- und Sonntagsarbeit;

- Medizinische Betreuung der in der Nacht Beschäftigten;

- Sonderschutz bei Mutterschaft von Frauen, die Nachtarbeit verrichten;

- Neue Kompetenzaufteilung zwischen den Kantonen und dem Bund bzw. administrative Entlastung der Betriebe bei der Erteilung der Arbeitszeitbewilligungen.

Im revidierten Arbeitsgesetz vom 20. März 1998 stehen nun folgende Neuerungen gegenüber der Abstimmungsvorlage von 1996 zur Diskussion:

- Die Arbeit von 6 bis 20 Uhr gilt als Tagesarbeit, von 20 bis 23 Uhr als Abendarbeit. Beide sind bewilligungsfrei. Abendarbeit kann vom Arbeitgeber nach Anhörung der Arbeitnehmer bewilligungsfrei eingeführt werden.

- 140 bzw. 170 Überstunden pro Arbeitnehmer und pro Jahr sind bewilligungsfrei (1996: 220 bzw. 260 Stunden).

- Neu wird für Nachtarbeit ein 10-Prozent-Zeitzuschlag für dauernde oder regelmässig wiederkehrende Nachtarbeit entrichtet. Abweichungen sind zulässig, wenn die durchschnittliche betriebliche Schichtdauer sieben Stunden nicht über-

ZUM THEMA

Der heutige Revisionsvorschlag trägt dem Resultat der damaligen Volksabstimmung Rechnung.

Neu wird für Nachtarbeit ein 10-Prozent-Zeitzuschlag für dauernde oder regelmässig wiederkehrende Nachtarbeit entrichtet.

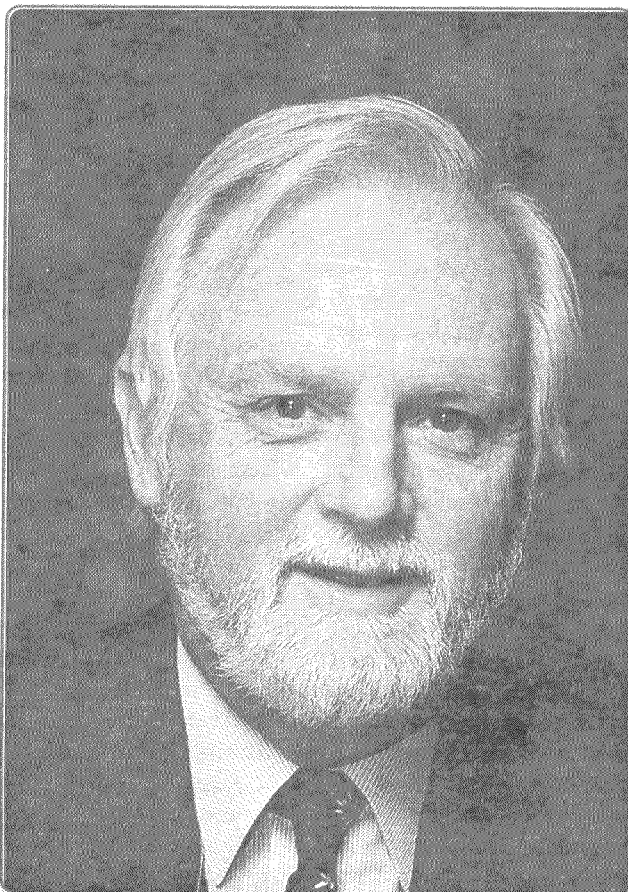
Mit dem vorliegenden Gesetz können die längst fälligen arbeitsrechtlichen Änderungen realisiert werden.

steigt, Personen mit Nachtarbeit höchstens vier Tage pro Woche arbeiten oder gleichwertige Ausgleichsruhezeiten auf Grund eines Gesamtarbeitsvertrages oder die Anwendung öffentlichrechtlicher Vorschriften vorliegen.

- Die an sechs Sonntagen bewilligungsfreie Beschäftigung in Verkaufsgeschäften wird gestrichen.

Verträglicher Kompromiss verdient Zustimmung

Vor zwei Jahren war die Revision von gewerkschaftlicher Seite und den Sozialpartnern stark umstritten. Mit dem vorliegenden Gesetz können die längst fälligen arbeitsrechtlichen Änderungen realisiert werden. Wir haben damit die Chance, der Schweizer Wirtschaft beschäftigungswirksame Impulse zu verleihen. Diesem verträglichen Kompromiss ist jetzt zuzustimmen. ■



FDP-Nationalrat Erich Müller: «Sowohl die Interessen der Wirtschaft nach Flexibilisierung als auch die Interessen der Beschäftigten nach Schutzmassnahmen wurden ausgewogen berücksichtigt.» (Bild express)

BRECHBÜHL INTERIEUR
SO WOHNEN SIE MORGEN.

Hauptstrasse, Nidau b. Biel, Tel. 032 331 63 51

PROGRAMM

Delegiertenrat

Freitag, 23. Oktober 1998, Château

12, rue de la Collégiale, Neuenburg

16.00 **DELEGIERTENRAT**

1. Begrüssung und Mitteilungen
2. Protokoll der Sitzung vom 14. August 1998
3. Politische Lagebeurteilung
4. Statutarische Geschäfte
5. Abstimmungsvorlagen vom 29. November 1998
 - **Parolenfassung zur Droleg-Initiative**
Referate:
Prof. Dr. med. Reto Tscholl, FDP (AG), pro
NR Christine Egerszegi-Obrist, Mellingen (AG), contra
 - **Arbeitsgesetz**
Einführungsreferat:
NR Bernard Comby (VS)
 - **Getreideartikel**
Einführungsreferat:
NR Marcel Sandoz, Morges (VD)

6. Varia

20.00 Festakt: 150 Jahre FDP Neuenburg mit Diner

FDP: Wir stellen die Weichen

ausserordentliche Delegiertenversammlung in der Cité universitaire, Clos-Brochet 10, Neuchâtel

Samstag, 24. Oktober 1998

- 09.30 Begrüssung durch den Parteipräsidenten Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)
- 09.35 «150 Jahre Bundesverfassung»:
Auftritt der Bundesräte Furrer, Druet und Francini
- 09.45 Ansprache von Parteipräsident Nationalrat Franz Steinegger, Flüelen (UR)
- 10.10 Die Jungfreisinnigen CH werfen einen Blick in das Jahr 2007
- 10.30 Wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik
Bundesrat Pascal Couchepin, Chef EVD
- 10.55 Investitionen in die Zukunft: Bildungslandschaft und Arbeitsmarkt des 21. Jahrhunderts
Ständerätin Christine Beerli, Biel (BE)
- 11.20 Modernisierung des Staates
Bundesrat Kaspar Villiger, Chef EFD
- 11.45 Anforderungen an die Schweizer:
Aussen- und Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts
Nationalrat Fulvio Pelli, Sorengo (TI)
- 12.15 Apéritif, offeriert vom Regierungsrat des Kantons Neuenburg
Kurze Begrüssung durch Herrn Regierungsrat Thierry Béguin, Saint-Blaise (NE)
Anschliessend Lunch (offeriert)
Die Delegierten haben die Gelegenheit, sich zu den vorgeschlagenen Ideen und Lösungen zu äussern und diese mit Punkten zu bewerten
- 14.00 Resultate der Diskussionsrunden
- 14.15 «Schweiz 2007»: Auftritt von drei Bundesrätinnen
- 14.25 Parolenfassung zum Bundesbeschluss über Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs (FinÖv)
Pro: Nationalrat Georges Theiler, Luzern
Contra: Nationalrat Rolf Hegetschweiler, Ottenbach
Diskussion
Votum Bundesrat Pascal Couchepin, Chef EVD

24. Oktober 1998 ◊ DV Neuchâtel

Wir stellen die Weichen

Die FDP Schweiz führt am Samstag, 24. Oktober 1998, in Neuchâtel die nächste ausserordentliche Delegiertenversammlung durch. Im Zentrum steht dabei die Neuausrichtung der Partei auf einen Modernisierungskurs. Die Parolenfassung zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs wird am Nachmittag erfolgen.

GUS. Der Entscheid des Schweizervolkes zur leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) ist gefallen: ein klares Ja. Die FDP Schweiz hat sich – der Parolenfassung vom 15. August 1998 folgend – für eine Annahme der Vorlage eingesetzt. Anlässlich derselben Delegiertenversammlung in Delémont hat die FDP auch ein verkehrspolitisches Positionspapier verabschiedet, das sich im Grundsatz zur Neat-Netzlösung bekennt. Nun wird's für die Abstimmung vom 29. November konkret: Es steht die Verfassungsände-

rung zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs an. Die FDP-Nationalräte Georges Theiler (pro) und Rolf Hegetschweiler (contra) werden antreten.

Reformpolitik diskutieren

Am 24. Oktober 1999 finden die nächsten Nationalratswahlen statt. Die DV in Neuchâtel findet also auf den Tag genau ein Jahr vorher statt. Deshalb wollen wir die inhaltlichen Weichen bereits jetzt stellen. Den Schwerpunkt an der diesjährigen Herbst-DV bildet die Konkretisierung der

Reformpolitik der FDP. In zahlreichen Voten unserer Bundesräte, unseres Parteipräsidenten und unserer Fraktionspräsidentin und von Vizepräsident Fulvio Pelli wird erläutert, wie sich die Partei bezüglich des Zeitrahmens bis 2007 positionieren will. Durch Auftritt von Bundesräten aus der Vergangenheit und Bundesrätinnen aus der Zukunft soll der Bezug zu den 150 Jahren Bundesstaat hergestellt werden.

In der Mittagspause werden die Delegierten genügend Zeit zur Verfügung haben, um die Inhalte der Reformpolitik zu diskutieren. Sie werden Gelegenheit haben, an mehreren Checkpoints die einzelnen Reformfelder zu bewerten und kritische und konstruktive Anmerkungen zu machen.



Anmeldung

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung vom 24. Oktober 1998 in Neuchâtel sind alle FDP-Mitglieder herzlich eingeladen.

Bitte melden Sie sich mit dem Talon an:

Name/Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Bitte möglichst rasch einsenden, faxen oder E-Mail an:
FDP Schweiz, Anmeldung DV Neuchâtel, Postfach 6136, 3001 Bern,
Fax (031) 320 35 00, E-Mail: gs@fdp.ch

KOLUMNE

Outing einer Nachtigall



Am Jahreskongress der Schweizer Presse in Gstaad liess es sich die als Gast eingeladene Präsidentin der SP Schweiz angelegen sein, die Medienschaffenden pauschal als Tyrannen zu bezeichnen.

Tyrannen bilden eine bunt zusammengewürfelte Gesellschaft und sind als Vögel in allen Erdteilen anzutreffen. Teils fressen sie Insekten, teils Früchte, während andere wiederum als Nestplünderer gelten. Die Menschen scheuen sie

wenig. Mit besonders lebhaftem Geschrei suchen sie die Aufmerksamkeit.

Die Königsvögel in der Gattung der Clamatores verteidigen ihre Brut mit wilder Entschlossenheit. Sie werfen sich von oben her auf den Gegner und versetzen ihm so kräftige Schnabelstösse, dass selbst Falken, Adler und Geier flüchten. Auch der Schwefelgelbe Tyrann kämpft tapfer gegen Raubvögel und lebt mit seinesgleichen oft in Zank und Streit.

Südamerikaner wissen sogar zu berichten, dass die Tyrannen immense Schä-

den in Gärten, Getreidefeldern und Weinbergen anrichten.

Zu derart gelungenen, eindrucklichen Vergleichen gelangt nur, wer wie die SP-Präsidentin intim mit der Vogelwelt vertraut ist. Darüber freut sich vor allem die Zeitungsentente, die nun dank der ornithologischen Medienanalyse aus berufenem Schnabel ihrer Einsamkeit enthoben worden ist.

Es wäre aber falsch, die sozialdemokratische Spitzenfrau mit Spott zu bedenken. Denn seit Gstaad sind wir Zeugen der Tragik, dass sich die Parteiführerin bereits beim leisesten Gedanken an Zeitungen, Radio und Fernsehen im Hitch-

cock-Film «Die Vögel» wähnt. Der Schrecken muss ein grausiger sein.

Was wir als harmloses Zeitungsrascheln hören, bedroht die frühere Zürcher Stadträtin als tausendfacher Flügelschlag. Aus jedem Radio- und Fernsehapparat vernimmt sie gnadenloses Krächzen. Und vielleicht ist alles noch viel schlimmer.

Was im schönen Berner Oberland wie ein hässlicher Tadel klang, war ein ehrliches Outing, gottlob!

Es mag die SP-Präsidentin in ihrer Grundwertediskussion fortan beflügeln, mit Flinte, Netz und Leim die Tyrannen zu jagen. Der eingestandene Albtraum wird sich be-

stimmt bald in den Traum von den vogelfreien Medien verwandeln.

Dies hat die SP bei der eigenen Presse ja schon weitgehend erreicht. Dass das Verschwinden der Tyrannen mit verschwundenen Medien zu bezahlen war, bedauert bloss, wer neben der Vogelkunde auch Verfassungskunde treibt und dabei auf die Pressefreiheit gestossen ist.

Offenbar nistet im SP-Horst eine Nachtigall, die wir trapsen hörten.

*Alex Bänninger,
Publizist, Präsident des
Freisinnigen Presse-
verbandes der Schweiz,
Zürich*

TERMINE

Oktober

- 15. Presseverband
- 23. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 24. a. o. Delegiertenversammlung (Neuchâtel)

November

- 6. Jubiläumssitzung Parlament
- 13. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 20./21. Vorsektionale Fraktionssitzung + Treffen mit FDP-Regierungsrätinnen und -räten
- 29. Eidgenössische Abstimmung
- 30. 11.–
- 18. 12. Wintersession

Dezember

- 2. Wahlfeier Ständeratspräsident und Nationalratspräsident
- 3. Geschäftsleitung
- 9. Vereinigte Bundesversammlung / Fraktionssessen
- 10. Wahlfeier Bundespräsident
- 19. Allfällige weitere Feiern

1999

Januar

- 8./9. Sekretärenkonferenz / Delegiertenrat / Fraktionsseminar / a. o. Delegiertenversammlung (Bern)
- 12. Presseverband
- 18.–20. Sondersession
- 19. Geschäftsleitung

Februar

- 4. Bundesratsparteien-Gespräch
- 5. Von-Wattenwyl-Gespräch

- 7. Eidgenössische Abstimmung
- 19./20. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 23. Presseverband

März

- 1.–19. Frühjahrsession
- 4. Geschäftsleitung
- 9. Beamtencocktail
- 16. Presseverband / Essen mit der Fraktion
- 19. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung / Delegiertenrat
- 20. a. o. Delegiertenversammlung (Landquart)

April

- 13. Presseverband
- 18. Eidgenössische Abstimmung
- 19.–23. Sondersession (Reservedatum)
- 22. Sekretärenkonferenz / Geschäftsleitung
- 23. Delegiertenrat
- 23./24. Fraktionssitzung inkl. Treffen mit Regierungsrätinnen/-räten
- 23./24. Ordentliche Delegiertenversammlung (Brig)

Mai

- 6. Bundesratsparteiengespräche
- 7. Von-Wattenwyl-Gespräch
- 8. FDP-Frauen Delegiertenversammlung
- 21. Vorsektionale Fraktionssitzung
- 27. Sekretärenkonferenz
- 31.–18. 6. Sommersession

Juni

- 3. Geschäftsleitung (Fronleichnam)
- 9. Fraktionsausflug
- 13. Eidgenössische Abstimmung
- 22. Presseverband
- 24. Sekretärenkonferenz
- 26. FDP-Frauentag

IMPRESSUM

Freisinn FDP

Monatszeitung, herausgegeben von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), Neuen-gasse 20, 3001 Bern. Redaktion «Der Freisinn», Postfach 6136, 3001 Bern, Tel. (031) 320 35 35, Fax (031) 320 35 00, E-mail: gs@fdp-prd.ch

VERANTWORTLICH FÜR DIE REDAKTION:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Guido Schommer (GUS). Für die Kantonalseiten die jeweilige Kantonalpartei.

INSERATEN-VERWALTUNG:

Kretz AG, Verlag und Annoncen, General-Wille-Strasse 147, Postfach 105, 8706 Feldmeilen, Telefon (01) 923 76 56, Fax (01) 923 76 57.

DRUCK:

NZZ-Druckzentrum, Schlieren
Einzelnummer Fr. 2.–
Jahresabonnement Fr. 20.–

JUGENDARBEITSLOSIGKEIT ◊ *Lehrstelleninitiative*

Aufschwung am Lehrstellenmarkt vorbei

Obwohl sich die Schweizer Wirtschaft langsam, aber sicher von der Jahrhundertrezession erholt, trifft der Aufschwung noch nicht alle Arbeitsplätze. Im speziellen sieht es um die Lehrstellen noch nicht ganz so rosig aus. 1997 standen in der Schweiz immer noch 4000 Jugendliche ohne Lehrstelle da.

THOMAS HENAUER,
PRÄSIDENT JFZH, UND
MARC VON WALDKIRCH,
VIZE-PRÄSIDENT
DER JFZH

Gegen diese Misere haben auf eidgenössischer Ebene bis jetzt nur die Jugendverbände und die SP etwas unternommen. Sie lancierten eine eidgenössische Lehrstelleninitiative, welche nach einem Bonus-Malus-System Firmen, welche Lehrstellen anbieten, belohnen und Firmen, welche keine Lehrstellen anbieten, bestrafen möchte. Wie so oft, wenn die SP ihre Hände im Spiel hat, sind die angestrebten Lösungen mit einer ungemeinen Aufblähung des Staatsapparates verbunden. Deshalb müssen andere Lösungsvorschläge her. Sie müssen effizient, administrativ einfach zu handhaben und, ab der misslichen Lehrstellensituation, rasch umsetzbar sein. Die Jungfreisinnigen (JFZH) und die FDP des Kantons Zürich handelten und haben eine solche Lösung als kantonale Initiative lanciert.

«Jobwunder Schweiz» war eine der letzten grossen Schlagzeilen, welche über den Aufschwung der Schweizer Wirtschaft nach der Jahrhundertrezession berichtete. Trotz diesen Schlagzeilen und der

tatsächlichen Erholung unserer Wirtschaft sieht es um die Berufslehre nicht so rosig aus.

4000 Jugendliche ohne Lehrstelle

In diesem Bereich, wo Schulabgänger das erste Mal in die Arbeitswelt einsteigen müssten, herrschen nach wie vor strukturelle Probleme. Gemäss einem kürzlich veröffentlichten Bericht des Bundesamtes für Statistik ist der Anteil Betriebe, welche Lehrlinge ausbilden, von einem Drittel auf einen Fünftel zurückgegangen. In absoluten Zahlen ausgedrückt, bedeutet dies, dass 1997 4000 Jugendliche in der Schweiz ohne Lehrstellen dastanden.

Lehrstelleninitiative der Jungfreisinnigen (JFZH) und der FDP des Kantons Zürich – Anreize schaffen statt Staatsquote erhöhen

Alleine im Kanton Zürich wussten am Ende dieses Schuljahres 670 Jugendliche noch nicht, welchen beruflichen oder schulischen Ausbildungsweg sie nach diesen Sommerferien einschlagen werden.

Auf Grund dieser Missstände lancieren die JFZH zusammen mit der FDP des Kantons Zürich eine kantonale Volksinitiative für eine Lehrstellengutschrift. Da-

bei sollen diejenigen Unternehmen, welche Lehrlinge ausbilden, mit pauschalen Steuererleichterungen in Form von Lehrstellengutschriften unterstützt werden. Das Ziel dieser Massnahme ist die Erhaltung bestehender und die Schaffung neuer Lehrstellen im Kanton Zürich durch ein effizientes und einfaches Steueranreizsystem.

Unkompliziert und rasch wirksam

Durch die vom Zürcher Regierungsrat festzusetzenden Voraussetzungen zur Gewährung der Lehrstellengutschrift – vorab eine jährliche Bescheinigung des kantonalen Amtes für Berufsbildung über die Anzahl Lehrstellen im jeweiligen Betrieb – werden klare Bedingungen erreicht und insbesondere verhindert, dass statt Lehrstellen Arbeitsplätze mit Niedriglöhnen unterstützt werden. Die Bestätigung durch das kantonale Amt für Berufsbildung kann im Rahmen der allgemeinen Aufsicht aufgestellt werden, so dass die vorgeschlagene Steuergutschrift ohne zusätzlichen administrativen Aufwand einzuführen ist.

Durch diese lancierte kantonale Volksinitiative ist eine schnelle Einführung der Lehrstellengutschrift und eine Lehrstellenförderung über steuerliche Anreize möglich. Ein Vorstoss auf nationaler Ebene ist denkbar, würde aber weit aus länger dauern.

Die kürzlich auf Bundesebene von den Jugendverbänden und der SP lancierte Lehrstelleninitiative

(Bonus-Malus-System) hat einen unvergleichbar höheren administrativen Aufwand zur Folge und kann dadurch – auch in Anbetracht der nur langfristigen möglichen Umsetzbarkeit – nicht überzeugen.

Steuerausfall ja, aber ...

Die vorgeschlagene Massnahme hat gewiss einen Ausfall bei der kantonalen zürcherischen Staatssteuer zur Folge – man rechnet mit maximal 80 Millionen Franken – der angesichts der momentanen finanziellen Lage der Staatskasse nicht unproblematisch ist. Die Lehrstellengutschrift stellt jedoch eine langfristige und lohnende Investition in die Ausbildung unserer Jugend und damit in die Zukunft des Kantons Zürich dar. Schliesslich ist der Lehrstellenmarkt für die wirtschaftliche Prosperität des Kantons von entschei-

dender Bedeutung, sind doch motivierte und optimistische Lehrlinge von heute initiative Arbeitnehmer von morgen. Durch die Einsparung und Beratung der lehrstellenlosen Jugendlichen kann mindestens ein Teil des Steuerausfalles kompensiert werden.

Rasch und unkompliziert der Jugend geholfen

Mit dieser Volksinitiative können die Jungfreisinnigen und die FDP des Kantons Zürich einen weiteren Beitrag zur Lösung der momentanen Probleme im Kanton Zürich leisten. Durch ein administrativ einfaches und effektives Steueranreizsystem kann der Trend zum weiteren Abbau von Lehrstellen im Kanton Zürich unterbrochen werden und damit der jungen Generation eine qualitativ hochstehende Ausbildung angeboten werden. ■

JF-Think-tank zu den Wahlen 1999

Die Jungfreisinnigen gehen wieder einmal in Klausur. Es dreht sich alles um die Nationalratswahlen 1999. Die Kantonalen Sektionen erhalten Gelegenheit, untereinander Erfahrungen und Know-how auszutauschen. Eigene Liste oder Kandidat/-in auf FDP-Liste? Welcher Wahlprospekt kommt bei Jungen gut an? Wo kann man Kosten einsparen? Wie finden sich Spender/-innen? Wie bereite ich die Kandidaten/-innen auf die Wahlen vor? Alle diese und noch viele weitere Fragen sollen erörtert werden. Die Sache findet von

**Sa, 10. Oktober, 14.00 Uhr,
bis So, 11. Oktober 1998, 12.00 Uhr**

in einem schönen Parkhotel statt. Die Geselligkeit kommt natürlich auch hier nicht zu kurz. Hohe Kosten? Keineswegs. CHF 60.– inkl. Nachtessen und Übernachtung. Nähere Infos bei Michael Huber, Tel. (079) 429 98 28, E-Mail: michael.huber@jungfreisinnige.ch.

Sinnvoll Investieren und Finanzieren

Die FINOEV-Vorlage bildet einen weiteren Baustein einer Verkehrspolitik, welche auf dem Miteinander von privatem und öffentlichem Verkehr basiert. Das Schweizervolk hat mit der Zustimmung zur LSVA klar diese Politik bestätigt.

FDP-NATIONALRAT
GEROGES THEILER,
LUZERN

Faire Vorlage gegenüber kommenden Generationen

Die Finanzierung der Neat, der Bahn 2000, der Hochgeschwindigkeitsanschlüsse und der Lärmsanierung der Bahnen erfolgt über einen selbständigen Fonds. Damit kann sichergestellt werden, dass die notwendigen Mittel von 30 Milliarden Franken zweckgebunden ausschliesslich für Investitionen verwendet werden.

Die LSVA und der Anteil an der Treibstoffzollkasse gemäss altem Neat-Beschluss leisten mit 58 Prozent den Hauptanteil der Finanzierung. Damit wird der gewünschte Verlagerungseffekt von der Strasse auf die Schiene sichergestellt. Mit der Mehrwertsteuer von 0,1 Prozent soll die Allgemeinheit einen Beitrag an dieses zukunftsgerichtete Gemeinschaftswerk leisten.

Die Verschuldung soll maximal 25 Prozent betragen. Damit ist die Vorlage fair gegenüber kommenden Generationen. Sinnvoll Finanzieren heisst keine Schuldenberge hinterlassen.

Das Schweizervolk hat den Verkehrsprojekten Bahn 2000 und Neat deutlich zugestimmt. Mit der FINOEV soll die Basis für eine gesunde Finanzierung geschaffen werden. Die Alternative dazu wäre die Finanzierung über allgemeine Bundesmittel und über eine höhere Verschuldung. Beides lässt sich nicht verantworten.

Investition schafft Arbeitsplätze

Ohne Umsetzung der eingeschlagenen Verkehrspolitik gibt es keinen Abschluss der bilateralen Verhandlungen. Damit wird der Bogen zur Wirtschaft geschlossen. Das Investitionsvolumen von 30 Milliarden Franken innert 20 Jahren schafft flächendeckend gegen 30 000 Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft, in der Maschinenindustrie und im Gewerbe. Sinnvoll Investieren bedeutet weniger Arbeitslose und entlastet damit die Wirtschaft.

Das Parlament hat die Netzvariante gegenüber dem alten Neat-Volksentscheid reduziert. Gegen diesen Entscheid wurde das Referendum nicht ergriffen. Damit zeigt sich, dass diese Lösung für die Mehrheit unseres Volkes sinnvoll ist. Die FDP-Delegierten haben sich an der Versammlung vom 15. August 1998 ebenfalls sehr klar für die Netzlösung ausgesprochen.

Diese ausgewogene Lösung mit den abgespeckten Gotthard- und Lötschberglinien kommt nicht teurer zu stehen als ein Vollausbau am Gotthard. Die Realisierung erfolgt unter Berücksichtigung der finanziellen Möglichkeiten und der baulichen Bedingungen gestaffelt. Die Netzvariante bietet entscheidende verkehrstechnische Vorteile. Diese liegen in der Kapazitätsverteilung, der besseren Bewältigung der unterschiedlichen Geschwindigkeiten von Personen- und Güterzügen sowie in der höheren Flexibilität im Störfall. Die Netzvariante bildet die einzige mehrheitsfähige Lösung.

ZUM THEMA

Sinnvoll Finanzieren heisst keine Schuldenberge hinterlassen.

Ohne Umsetzung der eingeschlagenen Verkehrspolitik gibt es keinen Abschluss der bilateralen Verhandlungen.

Das Parlament hat die Netzvariante gegenüber dem alten Neat-Volksentscheid reduziert.

Ja im Interesse aller

Eine gesunde Finanzierung des öffentlichen Verkehrs bringt gleich lange Spiesse für Schiene und Strasse. Damit kann die Strasse entlastet werden. Ich empfehle ein klares «JA» zur FINOEV, weil diese sinnvolle Vorlage im Interesse der Bahnbenutzer, der Automobilisten, der Wirtschaft und der Umwelt liegt.

Informationspaket FDP

Wir wünschen Zustellung von

- Informationspaket FDP Fr. 150.- (Jahresabonnement)
- Freie Schweizer Presseinformation (Jahresabonnement)
- Politische Rundschau Fr.20.- (Jahresabonnement)
- Der Freisinn Fr. 20.- (Jahresabonnement)

Name/Vorname: _____

10/98

Adresse: _____

Bitte einsenden an: FDP der Schweiz, Postfach 6136, 3001 Bern, oder per Fax (031) 320 35 00.



FDP-Nationalrat Georges Theiler: «Sinnvoll Investieren bedeutet weniger Arbeitslose und entlastet damit die Wirtschaft.»

FINANZIERUNG ÖFFENTLICHEN VERKEHRS ◉ Meinung

Neat – ohne Netz und doppelten Boden

Der Bau der neuen Alpentransversale (Neat) als Netz-Variante mit Vollausbau im Betrag von weit über 30 Milliarden Franken ist trotz Annahme der LSVA durch das Volk eine Illusion geworden.

FDP-STÄNDERAT
HANS-RUDOLF MERZ,
HERISAU (AR)

Die Euphorie der achtziger Jahre ist vorbei. Als die Volksabstimmung für 1992 vorbereitet wurde, betrug die Schulden des Bundes noch unter 40 Milliarden Franken, heute sind sie auf über 100 Milliarden gestiegen. Und das Volk hat mit dem Haushaltsziel 2001 deutlich gesagt, was es will: sparen. Wir dürfen das Neat-Netz-Projekt nicht mehr länger als regionalpolitischen Wunschzettel, sondern wir müssen es als Zahlungsmandat betrachten.

Kapazität am Gotthard reicht für Jahrzehnte aus

Nüchtern besehen ist der Gotthard am besten geeignet, die vom Schwerverkehr besonders geplagte A2 zu entlasten. Der Bau des Gotthard-Basis-Tunnels ist – das müssen die Splügen wie die Lötschbergverfechter anerkennen – die einzige Möglichkeit, unser Bahnverkehrsnetz rasch in das internationale Hochleistungsnetz einzubringen. Er ist die kürzeste, direkteste, effizienteste, beidseits der Alpen verankerte Verbindung zwischen Nord und Süd. Seine Kapazität reicht für Jahrzehnte aus. Am Lötschberg sind in den letzten Jahren bereits über eine Milliarde Franken für Streckenverbesserungen in-

vestiert worden, während die Ostschweiz leer ausgegangen ist.

Der Bau einer 57 km langen Flachbahn muss in die ausgetrocknete finanzpolitische Landschaft des Bundes eingepasst werden. Steuererhöhungen und weitere Treibstoffzuschläge kommen in Zeiten des verlangsamten Wachstums wohl nicht in Frage. Deshalb sollte die Finanzierung des Gotthard-Basis-Tunnels im Betrag von 6,6 Milliar-

den Franken einzig mit dem bereits verfügbaren Anteil am Treibstoffzoll von 110 Millionen Franken sowie aus dem Bundesanteil der LSVA (2/3) von anfangs rund 800 Millionen Franken finanziert werden. Mit den damit zu erwartenden mindestens 900 Millionen Franken kann das ehrgeizige Projekt bei einer Investitionsdauer von 7 bis 10 Jahren amortisiert werden. Der Kapitalmarkt soll für Überbrückungsfinanzierungen im Umfang von einem Viertel der Gesamtaufwendungen beansprucht werden können.

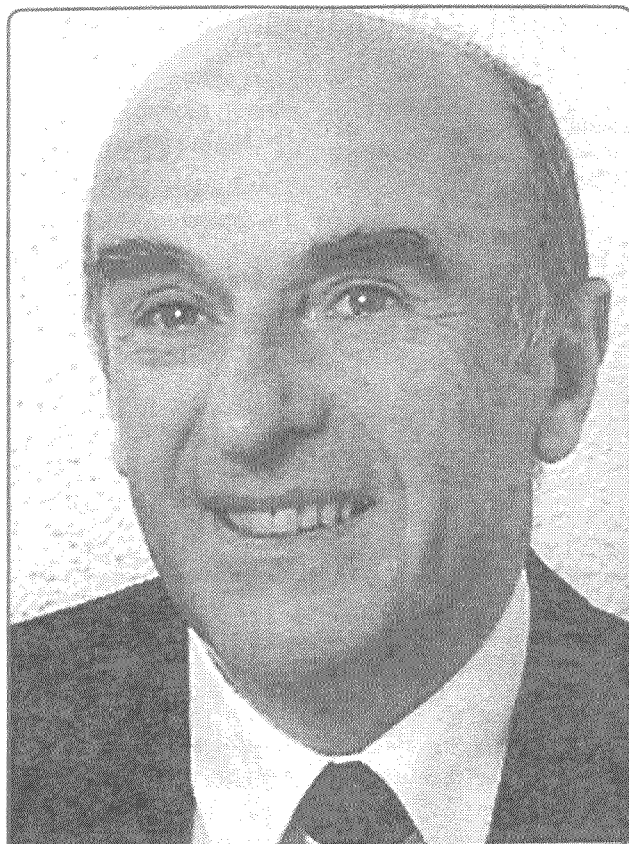
Die weiteren Eisenbahnprojekte Bahn 2000, Lärmschutz und TGV-Anschluss

sind durch den LSVA-Volksentscheid finanziell stabilisiert worden.

Kräftekonzentration auf ein einziges Grossprojekt

Eine den Bundeshaushalt schonende Neat-Finanzierung hat viele praktische Vorteile, von denen nur die wichtigsten erwähnt seien: Erstens erhöht sich die Rentabilität der Gesamtinvestition, zweitens schonen sie die Mehrwertsteuer zugunsten der Sozialversicherungen, drittens zwingt sie zur Kräftekonzentration auf ein einziges Grossprojekt, und viertens steigt die Akzeptanz des Neat-Projekts im Hinblick auf eine neuerliche Volksabstimmung, wenn in Bern endlich finanzieller Realismus einkehrt.

Es wäre fatal, aus falsch verstandenem Prestigedenken an Projekten festzuhalten, die zu ihrer Zeit machbar erschienen, heute indessen finanziell überrissen und verkehrspolitisch überholt sind. Wenn die Politiker den Schulterchluss von West und von Ost auf die Gotthardmitte nicht finden, wird ihn das Volk an der Urne herbeiführen. Deshalb: Nein zu Bau und Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs am 29. November und damit Ja zu einer neuen, vernünftigen Vorlage. ■



FDP-Ständerat Hans-Rudolf Merz: «Wir dürfen das Neat-Netz-Projekt nicht mehr länger als regionalpolitischen Wunschzettel, sondern wir müssen es als Zahlungsmandat betrachten.»

ZUM THEMA

Der Bau des Gotthard-Basis-Tunnels ist – das müssen die Splügen wie die Lötschbergverfechter anerkennen – die einzige Möglichkeit, unser Bahnverkehrsnetz rasch in das internationale Hochleistungsnetz einzubringen.

Steuererhöhungen und weitere Treibstoffzuschläge kommen in Zeiten des verlangsamten Wachstums wohl nicht in Frage.

Es wäre fatal, aus falsch verstandenem Prestigedenken an Projekten festzuhalten, die zu ihrer Zeit machbar erschienen, heute indessen finanziell überrissen und verkehrspolitisch überholt sind.

Klar, ich
spende
Blut –
und Sie?

155 56 55

Kluft zwischen Recht und Praxis

Seit bald dreissig Jahren ringen wir um eine gesetzliche Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs. Und eine solche tut not, denn es gibt wenig Bereiche, wo Recht und gesellschaftliche Wirklichkeit derart weit auseinanderklaffen wie hier. Weder haben die geltenden strafrechtlichen Bestimmungen massgeblich zum Schutz ungeborenen Lebens beigetragen, noch haben sie zu einer einheitlichen Praxis des Schwangerschaftsabbruchs geführt. Obschon die massgebenden Art. 118–121 des Strafgesetzbuchs dem Buchstaben nach zu den restriktivsten in ganz Europa zählen, ist es heute in den meisten Kantonen möglich, eine Schwangerschaft legal abzuberechnen.

Empfängnis) durch eine(n) zur Berufsausübung zugelassene(n) Ärztin oder Arzt vorgenommen wird, soll strafflos sein. In einem späteren Stadium der Schwangerschaft soll der Abbruch nur dann strafflos sein, wenn er nach dem ärztlichen Urteil notwendig ist, um von der schwangeren Frau die Gefahr einer schwerwiegenden körperlichen Schädigung oder einer schweren seelischen Notlage abzu-

sionsvorschlag. Zwar anerkennt er, dass die geltenden Gesetzesbestimmungen überholt seien. Er hält jedoch dafür, dass bei der Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs nicht allein das Selbstbestimmungsrecht der Frau und veränderte Wertvorstellungen wegleitend sein dürften. Die Schutzpflicht des Staates gegenüber ungeborenem Leben gebiete vielmehr eine Lösung, die den Schutz des ungeborenen Lebens angemessen berücksichtige. Um eine sorgfältige Güterabwägung zu gewährleisten, sieht er die Lösung entweder in einer erweiterten Indikationenregelung oder im sogenannten «Schutzmodell mit Beratungspflicht». Beide Vorschläge stellen gegenüber der heutigen liberalen Praxis einen Rückschritt dar.

Liberale Länder weisen niedrige Abbruchraten auf

Um abwägen zu können, ob das genannte Modell seine von ihm erwartete Schutzfunktion erfüllt, ist ein Blick auf die Erfahrungen im Ausland zu werfen. In einer Reihe von Ländern geht dem Schwangerschaftsabbruch eine Beratung voraus, sei dies im Sinne eines Beratungsangebots oder im Sinne der Beratungspflicht. Bei Systemen mit obligatorischer Beratung wird nochmals unterschieden, ob diese vom Arzt, der den Abbruch durchführt, oder von einer besonderen Beratungsstelle geleistet wird. Anlässlich eines öffentlichen Hearings 1997 zur Neuregelung des Schwangerschaftsabbruchs hat Hans-Georg Koch, Leiter des Referats Recht und Me-

wenden. Die Gefahr hat um so grösser zu sein, je fortgeschrittener die Schwangerschaft ist. Dieser Vorschlag fand im Vernehmlassungsverfahren breiteste Unterstützung. Bei einer Ende 1997 durchgeführten Repräsentativumfrage des Gfs-Forschungsinstituts stimmten 76 Prozent der Befragten der Fristenregelung zu.

Breite Zustimmung

Auf die Frage, ob eine Frau selbst soll entscheiden können, ob eine Schwangerschaft abgebrochen werden soll, antworteten gar 80 Prozent positiv. Anders der Bundesrat in seiner Stellungnahme zum Kommis-



FDP-Nationalrätin Lili Nabholz: «Heute ist es in den meisten Kantonen möglich, eine Schwangerschaft legal abzuberechnen.»

Methoden der Schwangerschaftsverhütung (z. B. die «Pille danach»). Aus rechtsstaatlicher Sicht ist die Situation, in der eine gesetzliche Regelung zur Fassade geworden ist, mehr als fragwürdig. Es ist daher zu begrüssen, dass sich der Nationalrat mit einer Vorlage befasst, welche die entstandene Kluft zwischen Recht und Praxis schliessen soll. Der von seiner Rechtskommission vorgelegte Revisionsvorschlag sieht die Einführung der Fristenregelung vor. Ein von der Frau verlangter Schwangerschaftsabbruch, der innerhalb der ersten 14 Wochen nach Beginn der letzten Periode (d. h. 12 Wochen nach der

ZUM THEMA

.....
Aus rechtsstaatlicher Sicht ist die Situation, in der eine gesetzliche Regelung zur Fassade geworden ist, mehr als fragwürdig.

.....
Bei einer Ende 1997 durchgeführten Repräsentativumfrage des Gfs-Forschungsinstituts stimmten 76 Prozent der Befragten der Fristenregelung zu.

.....
Indes lässt sich im internationalen Vergleich feststellen, dass diejenigen Länder, die eine liberale Regelung des Schwangerschaftsabbruchs kennen, besonders niedrige Abbruchraten aufweisen.

dizin am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i. Br., ausgeführt, dass sich die verschiedenen Beratungsmodelle von der Effizienz her (d. h. in bezug auf die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche) nicht wesentlich unterscheiden. Indes lässt sich im internationalen Vergleich feststellen, dass diejenigen Länder, die eine liberale Regelung des Schwangerschaftsabbruchs kennen, besonders niedrige Abbruchraten aufweisen.

Mit der von der Rechtskommission vorgeschlagenen Fristenregelung wird mitnichten eine Zunahme der Schwangerschaftsabbrüche einhergehen. Wir hätten aber die Chance, dass endlich die Kluft zwischen Recht und Praxis geschlossen werden kann und dass wir die Eigenverantwortlichkeit der Frauen, die mit dieser Problematik alles andere als leichtfertig umgehen, stärken.

FDP-NATIONALRÄTIN LILI NABHOLZ, ZOLLIKON (ZH)

Gemäss einer 1996 in der schweizerischen Ärztezeitung veröffentlichten Untersuchung wurde die Zahl der illegalen Abtreibungen 1966 gesamtschweizerisch noch auf ungefähr 45 000 geschätzt. Ihr standen damals 16 978 legale Schwangerschaftsabbrüche gegenüber. Fast dreissig Jahre später ergab eine 1994 durchgeführte Erhebung, dass die illegalen Abbrüche praktisch verschwunden und die legalen Abbrüche auf 11 813 gesunken sind. Im Kanton Zürich mit seiner seit je sehr liberalen Praxis reduzierte sich die Zahl der legalen Abbrüche gar von 9000 (1966) auf 3700 (1994). Als Konsequenz dieser Entwicklung kam es in der Schweiz seit zehn Jahren zu keiner einzigen Verurteilung mehr wegen Abtreibung. Der Schwangerschaftsabbruch ist faktisch «legalisiert» worden.

Das geltende Recht hinkt zudem den Entwicklungen auf medizinischem Gebiet hintennach. Erwähnt seien insbesondere gewisse

Was verbirgt sich hinter dem Allerweltswort «Mittelstand»?

Bekanntlich existieren in der schweizerischen FDP verschiedene Arbeitsgruppen. Man sagte mir, früher hätte es eine Gruppe «Mittelstand» innerhalb der FDP gegeben. Das muss schon lange her sein. Am 2. April 1998 traf sich nun auf Einladung der schweizerischen FDP erstmals die Arbeitsgruppe «Selbständiger und unselbständiger Mittelstand». Grund dafür war unter anderem, dass die FDP sich in den letzten Jahren immer mehr zum Sprachrohr der Schweizer Wirtschaft entwickelt hat. Dabei ist – dies als kritische Bemerkung – oft vergessen gegangen, dass unsere Partei als Volkspartei auch die Interessen des selbständig- und unselbständigerwerbenden Mittelstandes vertreten sollte.

DR. HANS FURER*

Eine ganz wichtige Angelegenheit scheint uns auch die Frauenförderung zu sein. In der ganzen Gruppe Mittelstand befindet sich beispielsweise nur eine Frau. Auch die Angestellten sind untervertreten.

Arbeitgeberverband übt Eigenkritik

Der neue Präsident des Arbeitgeberverbandes, Fritz Blaser, hat an der diesjährigen Mitgliederversammlung in erstaunlicher Klarheit Eigenkritik geübt. Wörtlich: «In den letzten Jahren hat sich unsere politische Arbeit darauf konzentriert, in diesem Sinne vom Staat mehr Freiheit für den Einzelnen und vom Einzelnen mehr Leistung zu fordern... Wir haben die Anspruchshaltung gegenüber dem Staat ebenso bekämpft, wie wir uns für

* Präsident der Arbeitsgruppe «selbständiger und unselbständiger Mittelstand» und Vizepräsident der Vereinigung Schweizerischer Angestelltenverbände (VSA).

mehr unternehmerische Freiheit eingesetzt haben. Wir glaubten, dass unsere Argumente und Postulate im breiten, traditionell bürgerlich geprägten Mittelstand unseres Landes so überzeugen würden, dass wir eine komfortable Mehrheit hinter uns hätten. Statt dessen lief der Mittelstand in Scharen zum politischen

Gegner über: bei den letzten beiden Nationalratswahlen, bei den Wahlen zu verschiedenen kantonalen Parlamenten, bei den Zürcher Stadtratswahlen, aber auch bei einigen Abstimmungen, zuletzt und besonders schmerzlich beim Referendum zum neuen Arbeitsgesetz.»

Seine Schlussfolgerung: «Der Liberalismus hat ein Imageproblem und muss vermehrt wieder dazu übergehen, die Fragen von Verantwortung zu betonen.» Deshalb vertritt Fritz Blaser folgende Position: «Wir müssen uns wieder bewusst werden, dass der Liberalismus keine abgehobene Philosophie ist, mit der sich mittels epischer Theoriediskussionen die Freizeit gestalten lässt. Wir müssen realisieren, dass der Mittelstand, der uns zunehmend den Rücken zukehrt, keine diffuse soziologische Grös-

se ist, sondern sich aus jenen Facharbeitern, Angestellten und Führungskräften zusammensetzt, welche die Büros und Werkhallen unserer Unternehmen bevölkern. Es gilt, diese Menschen durch tagtägliche Tatbeweise von der Überlegenheit der liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu überzeugen, insbesondere von der Bereitschaft und Fähigkeit dieses Systems, Verantwortung zu tragen.»

Wie definiert die Arbeitsgruppe den «Mittelstand»?

Es ist nicht unbedingt das Einkommen, das dem Menschen zum Etikett «Mittelstand» verhilft, sondern eine Werthaltung. Merkmal ist eine positive Einstellung zum Staat. Diese Menschen sind leistungsbereit und wollen Selbstverantwortung tragen, zeigen Verant-

ZUM THEMA

Dabei ist – dies als kritische Bemerkung – oft vergessen gegangen, dass unsere Partei als Volkspartei auch die Interessen des selbständig- und unselbständigerwerbenden Mittelstandes vertreten sollte.

Es ist nicht unbedingt das Einkommen, das dem Menschen zum Etikett «Mittelstand» verhilft, sondern eine Werthaltung.

Wer zum Mittelstand gehört, ist auch bereit, eine Führungsrolle (nicht nur im Beruf, auch in Vereinen oder anderswo) zu übernehmen.

wortung gegenüber dem Staat und unserer Gesellschaft. Sie sind zurückhaltend mit Forderungen an den Staat. Wer zum Mittelstand gehört, ist auch bereit, eine Führungsrolle (nicht nur im Beruf, auch in Vereinen oder anderswo) zu übernehmen. Er/Sie verfügt in der Regel über eine gute Ausbildung, über ein positives Familienbild und soziale Kompetenz. Er/Sie engagiert sich in Gemeinschaften und in der Gesellschaft (Vereine, Parteien, Hilfswerke usw.).

Zwischen Selbständigen und Unselbständigerwerbenden bestehen zusätzli-

Den Mittelstand stärken

GUS. Die FDP Schweiz hat 1996 / 97 an zwanzig Standorten die KMU-Offensive lanciert. Viele parlamentarische Vorstösse auf nationaler, aber auch auf kantonalen Ebene sind daraus entstanden. Wichtiger noch, in sehr vielen Gremien der FDP Schweiz wurde wieder und wieder bewusst gemacht, welches die politischen Anliegen der kleinen und mittleren Unternehmen sind.

In der nachfolgenden internen Analyse der KMU-Offensive wurde festgestellt, dass direkte Anliegen des Mittelstandes – und zwar des selbständigen (KMU und Unternehmer) wie auch des unselbständigen Mittelstandes (Angestellte und Beamte) in der Parteiarbeit noch eine zu

kleine Rolle spielten. Gerade auch im Hinblick auf die Neuausrichtung der Partei (Startschuss: 24. Oktober 1998 an der Delegiertenversammlung in Neuchâtel) will die FDP diese Segmente besonders und noch stärker als bisher pflegen. Ein Zeichen dieser Stärkung des Mittelstandes innerhalb der FDP Schweiz soll die Gründung einer Arbeitsgruppe «Selbständiger und unselbständiger Mittelstand» sein. Ihr Präsident, Dr. Hans Furer, beschreibt nebenstehend die Aufgaben und das Selbstverständnis dieser Arbeitsgruppe und äussert durchaus auch kritische Worte zur bisherigen wirtschaftspolitischen Rolle der FDP.

FORTSETZUNG AUF SEITE 14

FORTSETZUNG VON SEITE 13

che Abgrenzungskriterien. Der Selbständigerwerbende trägt unternehmerisches Risiko, nimmt eine Gesamtverantwortung wahr, investiert Arbeit und Kapital. Er hat auf der andern Seite einen grösseren Spielraum betreffend Arbeitszeit, Steuern und Spesen und steht direkter im Spannungsfeld Arbeitgeber/Arbeitnehmer. Unselbständigerwerbende mit einer mittelständigen Werthaltung identifizieren sich stark mit ihrem Unternehmen bzw. mit dem System der sozialen Marktwirtschaft. Sie unterstützen den wirtschaftlichen Wandel aus Einsicht

in die Notwendigkeit, versuchen aber, ihn sozial abzufedern. Zu den Unselbständigerwerbenden gehören insbesondere auch die Beamten. In der Arbeitsgruppe ist auch die Beamtenschaft (Stufe Bund) vertreten. Nach wie vor ist es so, dass die Kader in der Bundesverwaltung zum überwiegenden Teil dem bürgerlichen Lager angehören. Diese für das gute Funktionieren unseres Staates und unserer Gesellschaftsordnung wichtige Personengruppe fühlt sich in letzter Zeit zunehmend von den bürgerlichen und auch von den freisinnigen Politikern im Stich gelassen. Die Anstellungsbedin-

gungen beim Bund sind – nicht zuletzt mit Unterstützung der Freisinnigen – einseitig zulasten des Kadern verschlechtert worden (z. B. Kaderlohnopfer). Weitere einseitige Verschlechterungen zeichnen sich ab (Pensionskasse).

Dabei wird leider eine populistisch ausgerichtete Neid- bzw. Umverteilungspolitik unterstützt, welche nicht im bürgerlichen Interesse sein kann. Es sei nur daran erinnert, dass ungefähr die Hälfte aller Akademiker im öffentlichen Dienst (Bund, Kantone und Gemeinden) beschäftigt ist. Die bürgerlichen Beamten müssen klar erkennen können, welche Partei sie unterstützt.

Wirtschaftspolitik bedarf einer Korrektur

Die Arbeitsgruppe vertritt entschieden die Meinung, dass die Haltung der FDP in Wirtschaftsfragen einer Korrektur bedarf. Man lese nur einmal nach, was die schweizerische FDP und die kantonalen Sektionen über die Gegner des Arbeitsgesetzes geschrieben haben. Nachträglich muss festgestellt werden, dass auch viele FDP-Mitglieder gegen diese Vorlage gestimmt haben (müssen). Die FDP muss also eine Wirtschaftspolitik definieren, die den Unternehmen zwar den nötigen Handlungsspielraum lässt, aber schützend und sozial verantwortungsbewusst die Hand auch über alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legt, die vom harten Wind der neuen Ideen betroffen sind. Die FDP muss sich aber auch schützend vor die Selbständigerwerbenden stellen, die gegenüber dem Staat und ihren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Verantwortung zeigen.

Wirtschaftspolitik mit einer starken sozialen Komponente muss deshalb der allgemeine Auftrag lauten. Die FDP als Reformpartei will den wirtschaftlichen Strukturwandel begünstigen, weil nur er letztlich das Fundament für neue Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten schaffen kann. Den Arbeitnehmern wird ein hohes Mass an Veränderungsbereitschaft zugemutet. Sie in diesen Bestrebungen zu unterstützen, gehört ebenso zur Aufgabe einer Reformpartei wie die Verpflichtung, den wirtschaftlichen Wandel sozial abzufedern.

Wahlen 1999 kritisch betrachtet

Wir werden in den nächsten Monaten in verschiedenen Sitzungen kritisch unter die Lupe nehmen,

ZUM THEMA

Nach wie vor ist es so, dass die Kader in der Bundesverwaltung zum überwiegenden Teil dem bürgerlichen Lager angehören.

Die FDP muss also eine Wirtschaftspolitik definieren, die den Unternehmen zwar den nötigen Handlungsspielraum lässt, aber schützend und sozial verantwortungsbewusst die Hand auch über alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer legt, die vom harten Wind der neuen Ideen betroffen sind.

Die FDP als Reformpartei will den wirtschaftlichen Strukturwandel begünstigen, weil nur er letztlich das Fundament für neue Beschäftigungs- und Verdienstmöglichkeiten schaffen kann.

was andere Gremien im Hinblick auf die Wahlen vom nächsten Herbst ausbrüten. Die Gruppe Mittelstand ist der Auffassung, dass die Partei nicht schöne und vielversprechende Papiere auf den Tisch legen soll, sondern grundsätzlich eine personelle und haltungsmässige Veränderung anstreben muss. Wir propagieren den Mut zur Veränderung.

Tausend Clients voll im Griff.

Netzwerk-Administratoren, die auf Draht sind, werden von DIGICOMP ausgebildet.

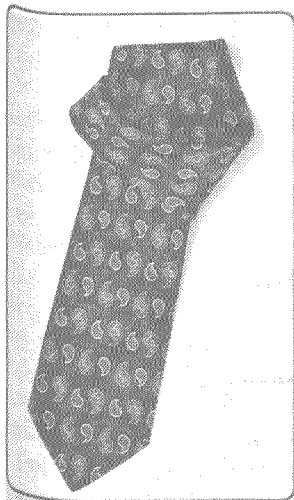
Planen Sie heute den Erfolg von morgen. Mit der führenden Informatik-Schule in Ihrer Nähe.

Telefon 0844 844 822
www.digicomp.ch
info@digicomp.ch

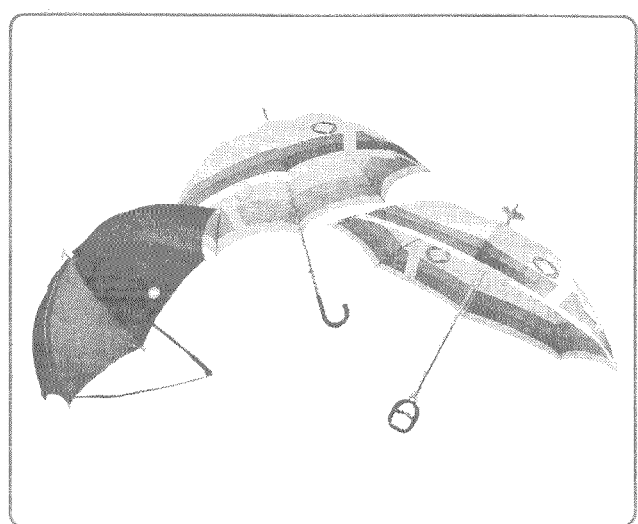
DIGICOMP®
EXPERT SEMINARS

Zürich	St. Gallen
Schlieren	Winterthur
Basel	Lausanne
Bern	Genève
Luzern	Lugano
Brugg	

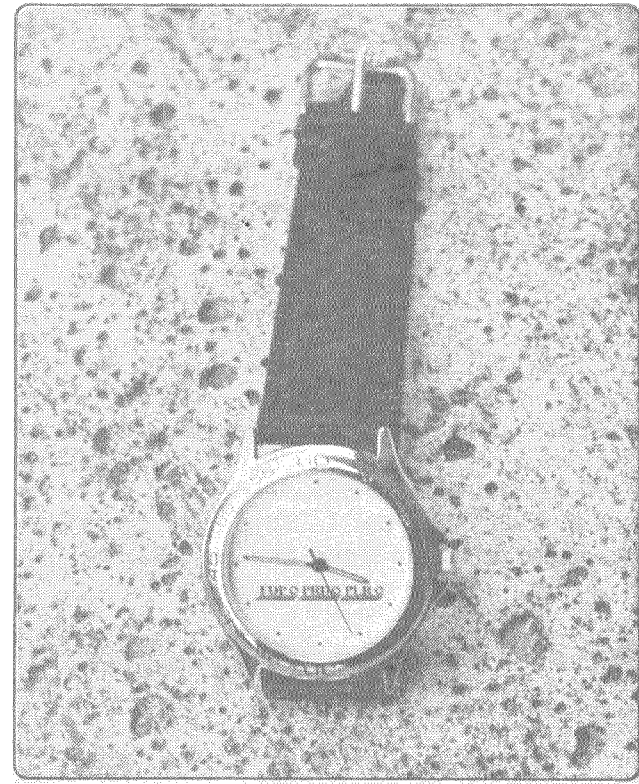
FDP-Lädeli 1999



Krawatte 2001. Reine Seide Crêpe, 10x140 cm, in den Farben Dunkelblau, Blau/Rot/Weiss.



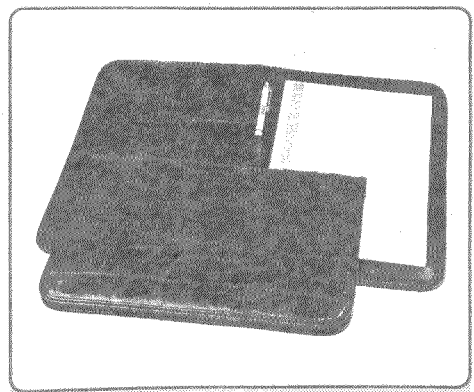
Der grosse Doppelschirm für das Wandern im Regen zu zweit. Der stabile Sportschirm, der nicht gestohlen wird. Der praktische Holzschirm.



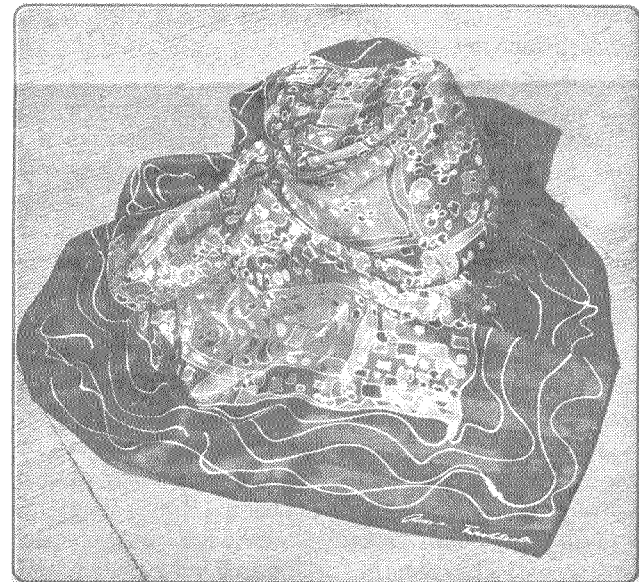
FDP-Armbanduhr «excellence», silber-poliert, schwarzes Lederband. Topmodisch.



Das solide und handliche Portefeuille mit dem FDP-Emblem aus bestem Anilinder in Bordeaux.



Die praktische Konferenzmappe der FDP in schwarzem Patchwork-Leder mit Schreibblock und Kugelschreiber.



Foulard 2001. Reine Seide, 90x90 Zentimeter gross, in den modischen Farben Rot/Blau/Grün/Schwarz/Weiss.

Talon

ICH BESTELLE:

- | | | | |
|---|------------|---|-------------|
| <input type="checkbox"/> Ex. Konferenzmappe | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Holzschirm | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Portefeuille | à Fr. 45.- | <input type="checkbox"/> Ex. Krawatte 2001 | à Fr. 40.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Doppelschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Ex. Uhr | à Fr. 45.- |
| <input type="checkbox"/> Ex. Sportschirm | à Fr. 40.- | <input type="checkbox"/> Stück FDP-Foulard 2001 | zu Fr. 50.- |

Name: _____

Vorname: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 6136, 3001 Bern, Fax (031) 320 35 00.

BERN ○ FDP-Präsidentinnenkonferenz

Wahlen – erlaubt ist, was Erfolg bringt

Quoten, Frauenlisten, Frauenwahlkampfbudget – mit welchen Massnahmen kann der Anteil der Kandidatinnen bei den nächsten Wahlen erhöht werden? Ideen und Vorschläge rund um die Wahlen diskutierten die FDP-Präsidentinnen unter der Leitung von Sibylle Burger-Bono an ihrem Herbstanlass in Bern.

BRIGITE KAUFMANN-ARN, VORSTANDSMITGLIED FDP-FRAUEN SCHWEIZ

«Die gleichberechtigte Teilhabe der Frauen in der Politik ist nicht nur eine Grundfrage der Gerechtigkeit, sondern auch der demokratischen Staatsform», hielt Regula Mader, Mitglied der eidgenössischen Kommission für Frauen, zu Beginn ihres Einführungsreferates vor den freisinnigen Frauen fest. Frauen in der Politik stossen auf andere gesellschaftliche Rahmenbedingungen als Männer. Trotz den gleichen rechtlichen Voraussetzungen sind die faktischen Möglichkeiten zur Übernahme von politischen Mandaten und Ämtern für Frauen und Männer anders.

Die Parteien sind dafür verantwortlich, dass ihre Kandidatinnen echte Chancen haben.

(Überparteiliches Manifest)

Hindernisse überwinden

Neben einem immer grösseren Einsatz im Erwerbsleben sind sie es, welche nach wie vor fast ausschliesslich für Hausarbeit und Kinderbetreuung zuständig sind. Traditionelle Rollenbilder und -zuweisungen haben

Die Ausrichtung des Wahlkampfes auf das Wählersegment «Frauen» ist eine Überlebenschance für die FDP und das gesamte freisinnige Gedankengut.

(FDP-Frauen, Communiqué Juni 1998)

Männer und Frauen geprägt. Sie erschweren den Frauen den Zugang zu politischen Ämtern und Positionen. Frauen, die kandidieren, haben in der Regel geringere finanzielle Ressourcen zur Verfügung als kandidierende Männer. Das überparteiliche Manifest zu den eidgenössischen Wahlen 1999 «Mehr Frauen ins Parlament» macht deutlich, welche Hindernisse zu überwinden sind, um den Frauenanteil auf allen politischen Stufen zu erhöhen.

Kantonalparteien spielen eine zentrale Rolle

Die Kantonalparteien sind dafür verantwortlich, dass konkrete Massnahmen zur Erhöhung des Kandidatinnen- und Wählerinnenanteils ergriffen werden. Die Ausführungen von Fabia Schild, Baselland, Margrit Kübler, Kanton Zürich, und Giovanna De Ambrogi, Tessin, zeigen, wie unterschiedlich die Wahlvorbereitungen in den Kantonen anlaufen. Im Baselbiet wur-

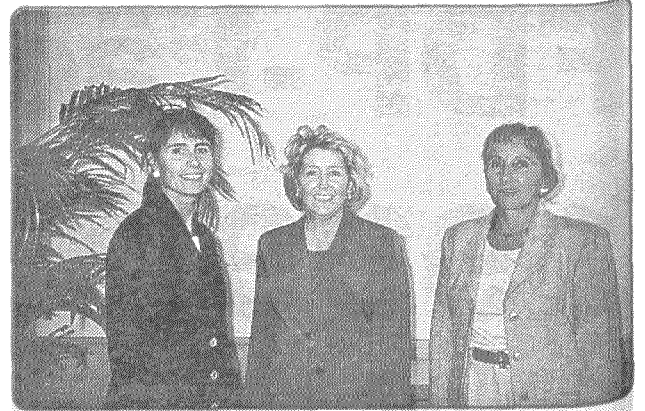
den individuelle Massnahmen der FDP-Frauen für einen eigenständigen Landratswahlkampf unterbunden. Die freisinnigen Frauen machten aus dieser Not eine Tugend und entschlossen sich zu einem (teilweise) überparteilichen Auftritt im Internet. Eine gemeinsame Wahlplattform sowie ein individuelles Porträt der FDP und der einzelnen FDP-Kandidatinnen sind das Ergebnis intensiver Anstrengungen, einen «anderen» Wahlkampf zu führen, meinte Fabia Schild, Präsidentin der FDP-Frauen Baselland. Man sei sich bewusst, mit dem Internet-Auftritt nur ein Teilsegment der Wählerinnen und Wähler – namentlich die Jungen – anzusprechen.

Den Parteien kommt eine Schlüsselrolle bei der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Politik zu.

(Überparteiliches Manifest)

Im Kanton Zürich arbeiten kantonale Parteileitung und FDP-Frauen wirkungsvoll zusammen. Für die Kantonsratskandidatinnen wurde ein umfassender Unterstützungskatalog erarbeitet mit Beraterinnen für die Kandidatinnen und Medientrainingskursen. Ebenfalls werden Teile der Inseratekosten der Kandidatinnen übernommen, konnte Margrit Kübler berichten.

Erfolgreich angewandte Parteiquoten meldete Giovanna De Ambrogi aus dem Tessin. Die vor fünf Jahren eingeführte Quotenregelung auf kantonaler Stufe



Erstatteten Bericht zu den Wahlvorbereitungen aus den Kantonen: Fabia Schild, Baselland, Giovanna De Ambrogi, Tessin, und Margrit Kübler, Zürich (v. l. n. r.).

wird konsequent angewendet. Eine mangelnde Vertretung mit nur zwei Frauen von dreissig Kantonsräten weist jedoch die FDP-Fraktion auf. Mit einer aussergewöhnlichen Massnahme soll jedoch bei den bevorstehenden Wahlen der Frauenanteil auf den Kantonsratslisten erhöht werden. Von den 90 Plätzen können die Frauen total 30 Linien beanspruchen. Falls seitens der Wahlausschüsse nicht genügend Frauen für einen Wahlkampf motiviert werden können, bleiben die Listenplätze frei.

Frauenlisten nur von Fall zu Fall

Die Erfahrungen mit Frauenlisten sind unterschied-

lich. Im Kanton Bern haben die Erfolge der FDP-Frauenliste bei den Grossratswahlen zum Schluss geführt, mit einer eigenen Frauenliste in den Nationalratswahlkampf zu steigen. Das Beispiel lässt sich jedoch nach Regula Mader und Sibylle Burger-Bono keinesfalls auf andere Kantone übertragen. Für erfolgreiche Frauenlisten müssen bestimmte Anforderungen erfüllt sein. So braucht es eine klare Spitzenkandidatin sowie ein eher grösseres städtisches Wählersegment. In ländlichen Kantonen ohne Agglomerationen führen andere Massnahmen eher zum Erfolg.

Gründliche Wahlvorbereitung

Die FDP-Frauen Thurgau haben ihre Überlegungen zu den eidgenössischen Wahlen 1999 in einem Papier zuhanden der Kantonalpartei festgehalten. Dabei wurden die Vor- und Nachteile einer Frauenliste sowie einer paritätischen Liste (drei Frauen, drei Männer) festgehalten. Der Ball liegt nun bei der Kantonalpartei.

Pro Frauenliste (Auszug)
FDP-Frauen zeigen Solidarität und Goodwill bei der Kantonalpartei.

6 Frauen werden im ganzen Kanton bekanntgemacht, was eine gute Ausgangslage für die Kantonsratswahlen bedeutet.

Contra Frauenliste (Auszug)
Mit Unterstützung der Frauenliste wird meistens ein Mann gewählt. Die Frau mit dem besten Stimmresultat hat keinen Ersatzplatz. Es rückt immer ein Mann nach. Es besteht die Gefahr, dass 6 Frauen verheizt werden. Nach einem verlorenen Wahlkampf sind Wahlhelferinnen erschöpft und entmutigt. Sie müssen kurz danach jedoch wieder in die Startlöcher für die Kantonsratswahlen.

FREISINN-WETTBEWERB  Die Auflösung

Le barbu, ses fleurs...

Im letzten «Freisinn» haben wir Sie gefragt, welcher welsche Nationalrat hier im Sonnenblumenfeld steht. Viele wussten es. Der «Freisinn» präsentiert hier den Namen, die besten Sprüche und die Gewinner dieser Ausgabe.

GUS. In der letzten Ausgabe des «Freisinns» wurden Sie angesprochen mit der Frage, wer denn der bärtige Herr im Feld sei. Es

handelt sich um FDP-Nationalrat John Dupraz, der sich als vehementer Uno-Vertreter und Agrarpolitiker einen Namen gemacht hat.

Auch wollten wir von Ihnen wissen, welche Sprüche oder Sprachbilder Sie mit dem herrlichen Bild verbinden.

Die Hauptpreise, nämlich ein FDP-Foulard und ein FDP-Portefeuille, gingen an:

**Frau Lilly Brocher
in Olten für:**

«Le barbu, ses fleurs
et la publicité»

und an

**Herrn Peter Büchli
in Willisau für:**

«Ich weiss nicht, wer er
ist, der Mann; schau nur
die schönen Blumen
an!»

Herzliche Gratulation! Die «Freisinn»-Redaktion dankt auch allen weiteren Einsenderinnen und Einsendern fürs Mitmachen. Der nächste Wettbewerb kommt bestimmt! ■



FDP-Nationalrat John Dupraz aus dem Kanton Genf in einem Feld von Sonnenblumen. Dupraz selbst baut als Genfer Landwirt vor allem Getreide an.

Erich Müller neuer Präsident der FDP Schweiz International

Anlässlich der Auslandschweizertagung in Baden ist Erich Müller zum Präsidenten der FDP Schweiz International gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Nationalrat Georg Stucky an.

Die FDP Schweiz International ist eine politische Vereinigung für Schweizer Bürgerinnen und Bürger, die im Ausland leben. Als Mitglied der FDP Schweiz ist sie dem liberalen und freisinnigen Gedankengut verpflichtet und steht für Werte wie Freiheit, Offenheit, Toleranz und Solidarität ein. Als erste Partei der Schweiz hat sie sich zum Ziel gesetzt, den Auslandschweizerinnen und Auslandschweizern die politische Mitbestimmung und die aktive Mitgestaltung auf eidgenössischer Ebene zu erleichtern und ihre Anliegen auf politischer Ebene zu vertreten. Indem sie ein weltweites Kontakt- und Informationsnetz aufbaut, will die FDP Schweiz International zwischen Schweizern im In- und Ausland Brücken schlagen. Als Begegnungsform verhilft sie Rückkehrenden zur raschen und problemlosen Reintegration in der Heimat.

Anlässlich der Auslandschweizertagung hat die FDP International im Rah-

men einer Veranstaltung die Diskussion um die Revision der freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer lanciert. Dabei wurden die Sorgen der Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer um ihre soziale Absicherung offensichtlich.

Sie befürchten, dass durch die vorgesehene Revision ihr sozialer Schutz nicht mehr gewährleistet ist und setzen sich dafür ein, dass sie sich auch in Zukunft freiwillig AHV/IV versichern können. Sie akzeptieren durchaus, dass auch sie einen Beitrag zur Verbesserung der AHV/IV-Finanzien leisten müssen und erwarten von den Politikern ihrer Heimat, dass sie die Auslandschweizerinnen und -schweizer gleichwertig behandeln und auch ihre Interessen vertreten. Dies ist das Ziel der FDP Schweiz International.

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) sucht auf den 1. Februar 1999 oder nach Vereinbarung zur Besetzung einer 100%-Praktikanten-Stelle eine/n

ASSISTENTIN ASSISTENTEN

zur Unterstützung des Generalsekretariats während des Nationalratswahlkampfes.

Sie arbeiten im Generalsekretariat der FDP der Schweiz im Zentrum von Bern und befassen sich mit Fragen des Wahlkampfes 1999. Das Engagement ist befristet vom 1. Februar bis zum 29. Oktober 1999. Damit ist ein Einsatz für Studentinnen und Studenten im Zwischenjahr problemlos möglich. Hochschulstudium ist erwünscht, jedoch nicht Bedingung.

Ihre Tätigkeit umfasst die Organisation von Veranstaltungen, die Betreuung der Kandidatinnen und Kandidaten (inkl. Ausbildung) und die Durchführung von verschiedenen Aufgaben im Kommunikationsbereich. Sie sind im weitem betraut mit dem Verfassen von Diskussionsgrundlagen und der Beschaffung von Informationen. Ihre Aufgabenbereiche verlangen eine enge Zusammenarbeit mit den Spezialisten im Generalsekretariat.

Wir setzen für diese breitgefächerte Aufgabe eine rasche Auffassung, die Fähigkeit, im Team mitzuarbeiten, und eine überdurchschnittliche Leistungsbereitschaft voraus. Sie sprechen auch Französisch und sind nicht nur theoretisch an der eidgenössischen Politik interessiert.

Wenn Sie bereit sind, sich für diese faszinierende und herausfordernde Tätigkeit voll einzusetzen, senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen bitte an die FDP der Schweiz, Herrn Johannes Matyassy, Generalsekretär, Postfach 6136, 3001 Bern, oder rufen Sie uns an: (031) 320 35 35.

FDP 

FLÜCHTLINGSGEBIET NORDALBANIEN  Eindrücke

Hilfe verdreifachen

Wer das Flüchtlingsgebiet in Nordalbanien an der Grenze zu Kosovo und Montenegro bereist, trifft auf eine äusserst arme Bevölkerung, die in voralpinähnlicher Bergwelt ein kärgliches Dasein fristet.

FDP-NATIONALRAT
ERNST MÜHLEMANN,
ERMATINGEN (TG)



FDP-Nationalrat Ernst Mühlemann: «Nur eine rechtzeitige und wirksame Hilfe vor Ort vermag eine massive Einwanderung in Mitteleuropa zu bremsen.» (Bild: ruti)

Die Verbindungswege nach Mittel- und Südalbanien sind schlecht, da zwei grosse Stauseen einen schwer zu überwindenden Sperrriegel darstellen. Der Hauptzugang erfolgt über den von steilen Felswänden eingerahmten Stausee von Koman, auf dem einmal im Tag zwei baufällige Fähren zirkulieren.

Kaum abreisender Flüchtlingsstrom

Der Konflikt in Kosovo mit den «ethnischen Säuberungsaktionen» der Serben führt zu einem kaum abreisenden Flüchtlingsstrom in das unwegsame Berggebiet von Bajram Curri. Es sind meist kinderreiche Familien, die unter militärischer Bedrohung ihre Dörfer in Kosovo verlassen mussten und dabei erlebten, dass ihre Häuser niedergebrannt wurden. Die erschütternden Schilderungen der unschuldigen Opfer zeigen deutlich, dass sich unter den Augen der Weltöffentlichkeit das unmenschliche Drama von Bosnien wiederholt. Die meisten Flüchtlinge leben in prekären Verhältnissen in albanischen Familien, wo sie entweder Entschädigungen entrichten oder die vom Welt-Ernährungsfonds gelieferte

Grundnahrung teilen. Andere Flüchtlinge befinden sich in halböffentlichen Notunterkünften mit äusserst primitiver Ausstattung. Die schulische Betreuung der zahlreichen Kinder ist nur notdürftig gesichert. Flüchtlinge mit finanziellen Ressourcen verlassen mittlerweile das Flüchtlingsgebiet im Norden und suchen die Umgebung der Hauptstadt Tirana und der Hafenstadt Durrës auf. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie über die Adria und Italien die Wunschziele Schweiz oder Deutschland anstreben.

Die mutigen Vertreter der internationalen Hilfsorganisationen versuchen vor Ort, die lokalen Behörden zu unterstützen. In einer Schicksalsgemeinschaft arbeiten hier erfahrene Männer und Frauen des Uno-Flüchtlingswerkes, der Welternährungsorganisation, der OSZE, des Internationalen Roten Kreuzes und des Schweizerischen Kata-

strophenhilfekorps und leisten vorbildliche Arbeit. Sie wohnen in einem primitiven Hotel in Bajram Curri ohne elektrischen Strom und ohne warmes Wasser, wobei sie aus Sicherheitsgründen ihre Unterkünfte nachts nicht verlassen können. Ein tüchtiger Statthalter der albanischen Regierung versucht die Tätigkeit der örtlichen Bürgermeister zu koordinieren, doch liegt die effektive Macht bei den Clan-Führern, die sich mit Waffengewalt durchzusetzen verstehen. Die Behörden in Tirana zeigen wenig Engagement, denn sie haben geringe finanzielle Mittel und sind durch die permanente Auseinandersetzung zwischen Regierung und Opposition gelähmt.

Nur wirksame Hilfe vor Ort kann massive Einwanderung nach Mitteleuropa bremsen

Heute leben ungefähr 5000 Flüchtlinge in Nordalbanien und etwa 10 000 in

Mittel- und Südalbanien, wobei vor allem in den Berggebieten der harte Wintereinbruch vor der Türe steht. Das Schweizerische Katastrophenhilfekorps stellt dafür im Raum Fierze - Bajram Curri zwei umgebaute Häuser mit 250 neuen Plätzen zur Verfügung. Ein ähnliches Angebot macht Deutschland, das wie die Schweiz neue Einwanderungswellen befürchtet. Ein Projekt mit italienischen Fertighäusern ist wohl geplant, kann aber sicher nicht zeitgerecht in Angriff genommen werden. All diese Bemühungen sind anerkennenswert, doch bilden sie nur einen Tropfen auf den heissen Stein, so dass man das Angebot an wintersicheren Unterkünften verdreifachen müsste. Am besten eignet sich dafür der bilaterale Weg, da die Einbindung in das Uno-Flüchtlingshilfswerk zu starken Verzögerungen

führt. Ähnlich wie in Bosnien kann die Schweiz mit den ausgezeichneten Vertretern der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit eine Vorreiterrolle spielen, wenn sie die Anstrengungen in den Berggebieten verstärkt und die geplanten Massnahmen in den Hafenstädten an der Adria ausführt.

Ein Augenschein an der Grenze zeigt deutlich, dass in Kosovo die gewaltsame Auseinandersetzung weitergeht. Zwar haben die UCK-Kämpfer Feldschlachten gegen die Serben verloren, doch gehen sie hoch motiviert zum Partisanenkrieg über. Dies bewirkt neue Flüchtlingsströme, die trotz Vermittlung nach Albanien gelangen werden. Nur eine rechtzeitige und wirksame Hilfe vor Ort vermag eine massive Einwanderung in Mitteleuropa zu bremsen.

Was meinen Sie? Was meinen Sie?
Was meinen Sie?

Haben Sie sich gefreut, geärgert?

Schreiben Sie uns!

Unsere Adresse:

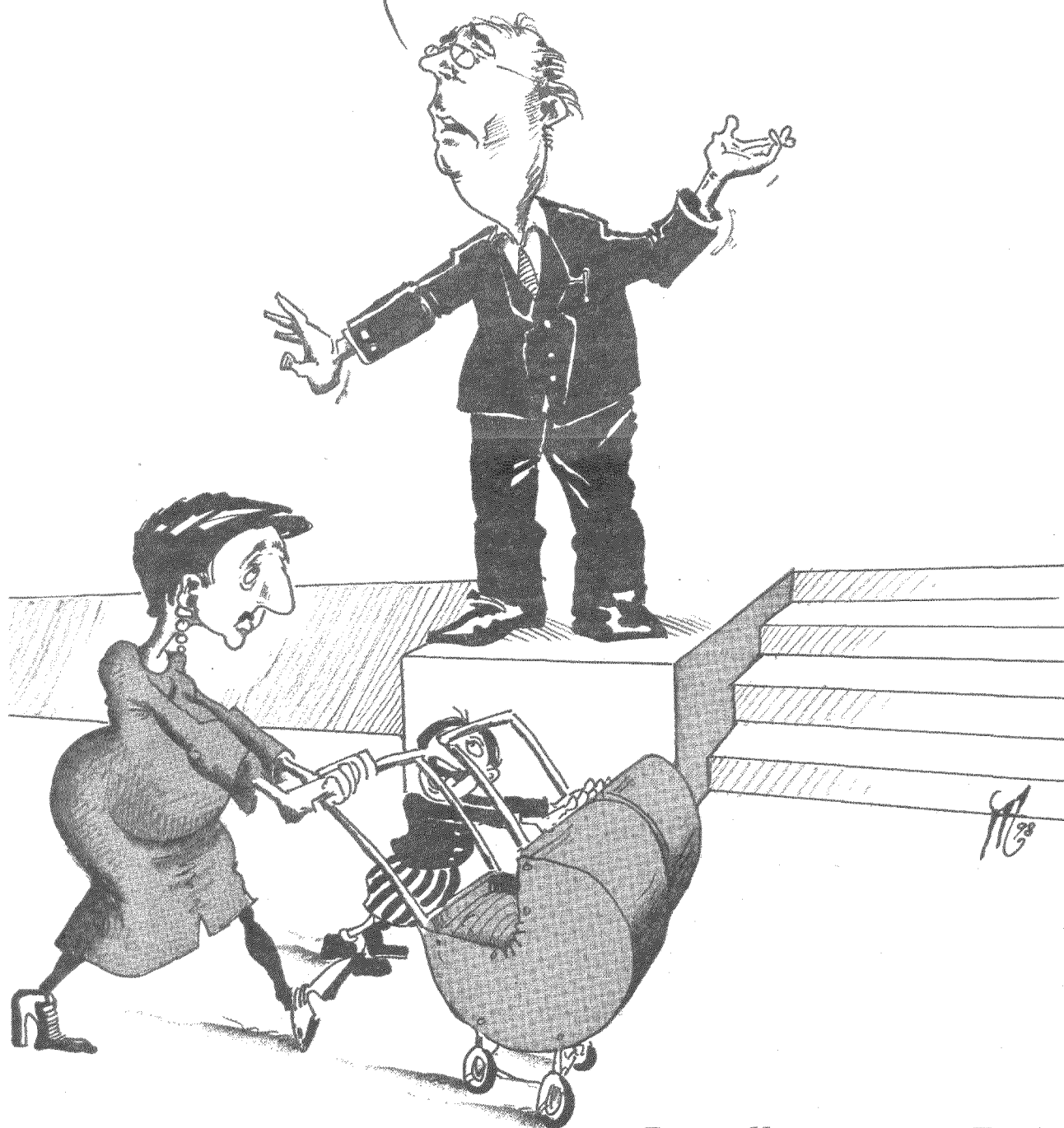
Redaktion «Der Freisinn»

FDP Schweiz

Postfach 6136

3001 Bern

«Wir sind gegen die Fristenregelung,
gegen die Mutterschaftsversicherung
und gegen künstliche Fortpflanzung!»



Der selbsternannte Experte

Karikatur Andreas Töns

AUSSENPOLITIK  *Uno-Beitritts-Initiative*

Auf dem Weg zum Uno-Beitritt

Diese Woche hat die Unterschriftensammlung für die Uno-Beitritts-Initiative begonnen. Angestrebt wird ein wirkungsvoller Einbezug der Schweiz in diese internationale Organisation. Der Mut zum Beitritt ist ein Zeichen einer selbstbewussten Schweiz, die ihre ureigensten Interessen wahrnehmen möchte.

.....
**GENERALSEKRETÄR
 JOHANNES MATYASSY,
 MURI (BE)**

Im Vorfeld der Lancierung der Volksinitiative «für den Beitritt der Schweiz zur Organisation der Vereinten Nationen (Uno)» konnte man sich fragen, ob der Bundesrat nicht das Gesetz des Handelns für sich nutzen sollte. Er hätte den Uno-Beitritt als Vorlage des

Bundesrates deklarieren, die Vorlage von A bis Z durchziehen und damit die aussenpolitische Führerschaft beanspruchen können. Statt sich allerdings zum jetzigen Zeitpunkt aussenpolitisch zu verzetteln, bekundete der Gesamtbundesrat seine Unterstützung für die Initiative. Das ist richtig so. Nach dem wichtigen Nein des Volkes im Frühjahr 1986 soll der Anstoss für eine neuerliche Volksabstimmung in einem gänzlich anderen Umfeld aus dem Volk kommen.

FDP befürwortet Bestrebungen

Die FDP befürwortet die Bestrebungen für einen weiteren Anlauf der Schweiz zum Uno-Beitritt. Globalisierung und internationale Vernetzung sind heute Tatsachen, die nach einer weitergehenden Integration der Schweiz in die

wichtigste internationale Organisation verlangen. Die Uno ist das Dach für die allermeisten multilateralen Anstrengungen. Die FDP steht deshalb den Bemühungen der «Vereinigung Volksinitiative Beitritt der Schweiz zur Uno» positiv gegenüber und begleitet sie mit Interesse.

Kostenfrage: noch entscheiden nicht die, die zahlen

Die Schweiz ist heute schon eine der wichtigsten Beitragszahlerinnen der Uno. Sie musste aber angesichts ihrer Nicht-Mitgliedschaft bisher darauf verzichten, dort Einfluss zu nehmen, wo über die Verwendung dieser Mittel entschieden wird. Das ist stossend. Zusätzliche Kosten aus einer Mitgliedschaft würden sich in einem so bescheidenen Rahmen halten, dass die Kosten als Begründung für

einen Nicht-Beitritt nicht erhalten können.

Konsequente schweizerische Interessenvertretung

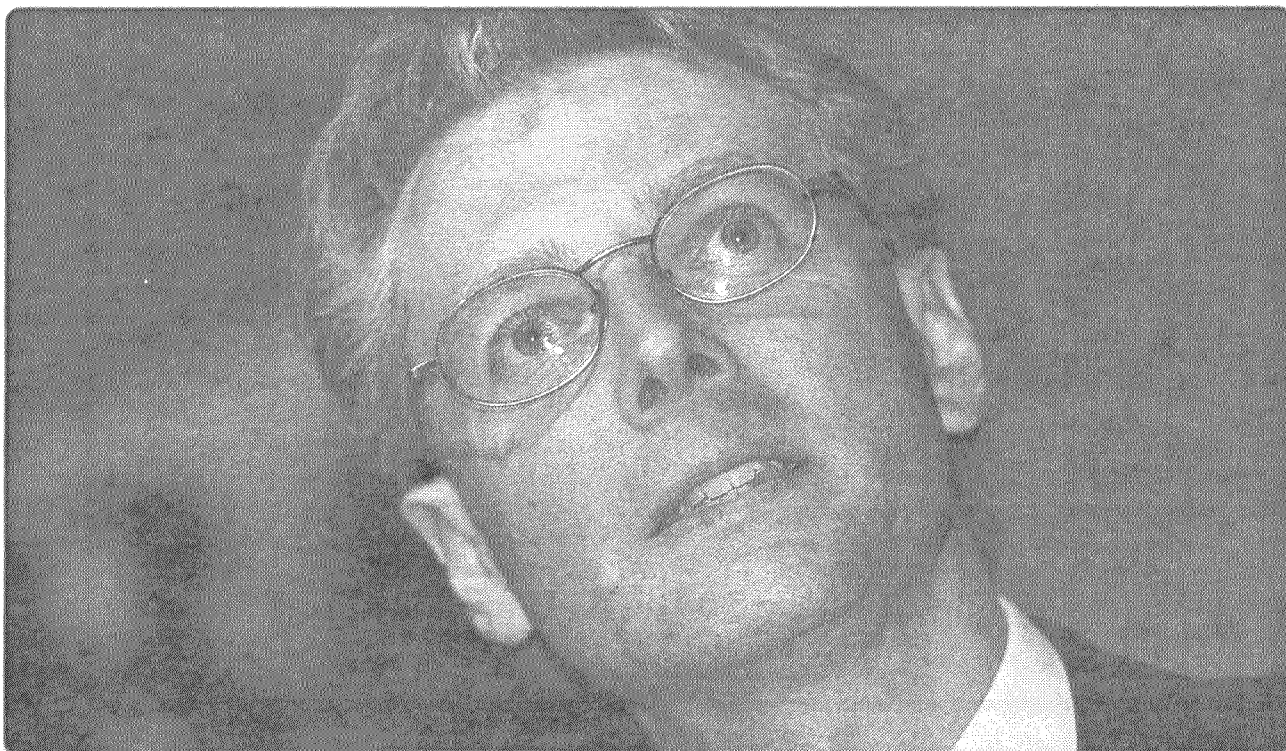
Die Schweiz steckt – trotz der langsam, aber nachhaltig besseren Wirtschaftszahlen – politisch noch immer in einer merkwürdigen Blockade zwischen linken und rechten Ideologen, zwischen Klassenkämpfern und Besitzstandwahrern, zwischen Partikularinteressenvertretern und Idealisten. Die vernetzte und globalisierte Welt verlangt heute einen Abschied von klassischer linker oder rechter Politik. Es geht darum, als freisinnige Partei eine Politik der Modernisierung der Politik des Status quo entgegenzusetzen. Diese Modernisierungspolitik muss auch die Aussenpolitik erfassen. Deshalb verfolgt die FDP

ZUM THEMA

.....
Die FDP steht deshalb den Bemühungen der «Vereinigung Volksinitiative Beitritt der Schweiz zur Uno» positiv gegenüber und begleitet sie mit Interesse.

.....
Die Schweiz steckt – trotz der langsam, aber nachhaltig besseren Wirtschaftszahlen – politisch noch immer in einer merkwürdigen Blockade zwischen linken und rechten Ideologen, zwischen Klassenkämpfern und Besitzstandwahrern, zwischen Partikularinteressenvertretern und Idealisten.

.....
Die Interessen der Schweiz selbstbewusst zu vertreten verlangt aber auch nach einer kontinentenübergreifenden, internationalen Plattform.



FDP-Generalsekretär Johannes Matyassy: «Die Schweiz muss dort Einfluss nehmen, wo Entscheide gefällt werden, die unser Land betreffen.» (Bild ruti)

mit soviel Druck einen realistischen Weg, um unser Verhältnis zu Europa zu normalisieren. Die Interessen der Schweiz selbstbewusst zu vertreten verlangt aber auch nach einer kontinentenübergreifenden, internationalen Plattform. Die wichtigste dieser Plattformen ist die Organisation der Vereinten Nationen (Uno). Die Schweiz muss dort Einfluss nehmen, wo Entscheide gefällt werden, die unser Land betreffen. Eine mutige und starke Schweiz hat deshalb guten Grund, sich auf den Weg hin zu einer konsequenten schweizerischen Interessenvertretung zu machen. ■